

MONOPOL STAAT

STAAT UND
MONOPOLE (III)
AS 16

MONOPOL STAAT

STAAT UND
MONOPOLE (II)
AS 16

ARGUMENT-SONDERBÄNDE AS 16

**Herausgegeben von
Wolfgang Fritz Haug**

Probleme der materialistischen Staatstheorie.

Staat und Monopole (II)

Argument-Verlag

**Redaktion dieses Bandes:
Prof. Dr. Frank Deppe,
Christoph Klevenheim,
Karl-Ernst Lohmann**

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

**Probleme der materialistischen Staatstheorie
mit Beitr. von Frank Deppe . . . – Berlin:
Argument-Verlag 1977**

(Das Argument : Argument-Sonderbd. ; AS 16 :
Staat u. Monopole ; 2)
ISBN 3-920037-80-4

NE: Deppe, Frank [Mitarb.]



Copyright © Argument-Verlag GmbH Berlin 1977. Alle Rechte – auch das der Übersetzung – vorbehalten. – Redaktion: Altensteinstraße 48 a, 1000 Berlin 33, Telefon: 0-30 / 8 31 49 15. – Verlag, Anzeigen und Auslieferung: Dr. Christof Müller-Wirth, Postfach 21 0730, 7500 Karlsruhe 21, Telefon 07 21 / 55 59 55, Fernschreiber 7 825 909. – Auslieferung für Berliner Buchhandlungen: M. Langenberger, Bocholter Weg 10, 1000 Berlin 27. – Gesamtherstellung: C. F. Müller, Großdruckerei und Verlag GmbH, Rheinstraße 122, 7500 Karlsruhe 21. – Umschlaggestaltung: Sigrid von Baumgarten und Hans Förtsch – 1.-2. Tausend: September 1977.

Inhalt

Editorial	4
------------------------	---

Aufsätze

Helmuth Schütte Staats­theorie als Methodenproblem des historischen Materialismus	6
--	---

Ulrich Wacker Das Absolutismus-Problem: Staatsfeudalismus oder Frühform des bürgerlichen Staats?	35
---	----

Willi Riepert Kapitalbewegung, Klassenverhältnis und Staatsfunktionen. Zur Bestimmung allgemeiner Determinanten von Staatsfunktionen	63
--	----

Heiko Asseln und Frank Deppe Die „Staatsfrage“ und die Strategie der Arbeiterbewegung	84
---	----

K. H. Tjaden Staats­theorie als Element der Gesellschaftstheorie	129
--	-----

Hildegart Caspar Die Deflationspolitik der Regierung Brüning. Zur Analyse konkreter Staatsfunktionen	136
---	-----

Bernd Güther Zur Analyse infrastruktureller Staatsfunktionen	164
--	-----

Heinz-Jürgen Axt Energiekrise, Konkurrenz und ökonomische Staatstätigkeit. Zum Verhältnis von internationaler Kapitalbewegung und ökonomischen Funktionen des Nationalstaats	181
--	-----

Besprechungen

Verzeichnis der Rezensionen	204
--	-----

Mit diesem Sonderband soll die in AS 6 begonnene Diskussion „Staat und Monopole“ fortgeführt werden. Dabei war es nicht die Absicht der Autoren, den vielfältigen „Staatsableitungen“ eine neue hinzuzufügen. Vielmehr erwuchs aus der kritischen Auseinandersetzung mit bisherigen Versuchen der Neubestimmung von Form und Funktionen des bürgerlichen Staates das Interesse, gerade solche Fragestellungen weiter zu verfolgen bzw. wieder aufzugreifen, die oft mit großer Beharrlichkeit ausgeblendet bzw. übergangen wurden.

Ein Arbeitskreis, dem die meisten der Autoren angehörten, beschäftigte sich zunächst intensiv mit dem Thema der historisch-materialistischen Staatsbestimmung, um die beschränkende Identifizierung des „Staates“ mit dem bürgerlichen Staat aufzubrechen und zugleich die Grenzen der Reduktion des historischen Materialismus auf die Kritik der politischen Ökonomie aufzuzeigen. In diesem Diskussionszusammenhang wurde die Beschäftigung mit der Kategorie des Eigentums gleichsam zum Leitmotiv der gemeinsamen Arbeit, die freilich noch längst nicht als abgeschlossen gelten kann. Die Aufsätze von H. Schütte und U. Wacker sind Versuche, einerseits die Beziehungen zwischen Vergesellschaftungsprozessen, ihren materiellen Triebkräften und den ihnen entsprechenden politischen Herrschaftsformen, andererseits in der historischen Analyse des „Absolutismus“-Problems die Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen in bezug auf die spezifischen Übergangsformen des Staates mit der Herausbildung und revolutionären Durchsetzung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft genauer zu bestimmen.

Ein weiteres wichtiges Problem sehen die Verfasser darin, daß in der neueren staatstheoretischen Diskussion zu wenig der Bestimmung des Zusammenhanges zwischen der Entwicklung von Staatsform und -funktionen und der historischen Entwicklungstendenz der bürgerlichen Gesellschaft, ihre immanenten Grundwidersprüche im geschichtlichen Prozeß zu reproduzieren, nachgegangen wurde. Oft wird – aufgrund einer abstrakten Fixierung auf den Begriff des „Kapital im allgemeinen“ – dieser Prozeßcharakter schlicht negiert bzw. als das „Reich des Zufalls“ behandelt. Gleichwohl geht es nicht nur um die Beschäftigung mit dem historisch-transitorischen Charakter der bürgerlichen Gesellschaft, sondern zugleich um die konkreten Vermittlungsebenen, auf denen sozialökonomische Widersprüche auf das Handeln und Bewußtsein der Klassen einwirken und in diesem Handeln, im Klassenkampf, auch Form und Funktionen des politischen Systems dieser Gesellschaft bestimmen. Wenn der Staat immer auch Produkt der Klassegegensätze und der Klassenkämpfe ist, dann besteht gegenwärtig offensichtlich ein erheblicher Mangel an theoretischen und empirischen Analysen, um diese abstrakte Aussage zu fundieren und zu konkretisieren. Der Beitrag von W. Riepert stellt einige methodische Überlegungen zu diesem Problem an. H. Asseln und F. Deppe hingegen versuchen, anhand strategischer Diskussionen in der heutigen westeuropäischen Arbeiterbewegung – namentlich in Italien und Frankreich – die Bedeutung der „Staatsfrage“ für die Klassenkämpfe – und, darin eingeschlossen, der Konzeption der „demokratischen Transformation des Staates“ – zu diskutieren. Die Konzentration auf die größten westeuropäischen kommunistischen Parteien erfolgt, nicht weil irgendeine Flucht in neue abstrakte Vorbilder gefördert wer-

den soll, sondern weil sich für diese Parteien die „Staatsfrage“ heute konkret und praktisch stellt.

Danach folgen drei Beiträge, in denen jeweils an konkretem historischem Material analysiert wird, wie, mit welchem Erfolg und gegen welche Widerstände der bürgerliche Staat seine ökonomischen Funktionen wahrnimmt. H. Caspar untersucht anhand der Deflationspolitik Brünnings (1930–1932) den widersprüchlichen Zusammenhang von ökonomischen Interessen und politischen Handlungsbedingungen während der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise. B. Güther behandelt die Entwicklung der Infrastrukturpolitik unter dem Gesichtspunkt des wachsenden Widerspruchs von Vergesellschaftungsprozessen und kapitalistischen Produktionsverhältnissen und H. J. Axt diskutiert Fragen des Verhältnisses von ökonomischer Internationalisierung und nationalstaatlicher Intervention am Beispiel der „Erdölkrise“ und der Energiepolitik.

Helmuth Schütte

Staatstheorie als Methodenproblem des historischen Materialismus

1. Über den staatstheoretischen Erkenntniswert der Eigentumskategorie

Den Eigentumsverhältnissen einen grundlegenden Stellenwert bei Form- und Funktionsbestimmung der politischen Sphäre der bürgerlichen Gesellschaft beizumessen, könnte das Mißverständnis hervorrufen, hier würden ebenso wie im an anderer Stelle kritisierten¹ formanalytischen Ansatz der neueren marxistischen Staatsdiskussion die Verhältnisse der Warenzirkulation schon deshalb als Eigentumsverhältnisse aufgefaßt, weil sich in dieser Sphäre die Individuen als Privateigentümer von Waren gegenüberreten. Doch sind dem Austausch andere Verhältnisse vorausgesetzt, denn der Eigentumstitel „selbst wird durch den Verkauf nicht erzeugt, sondern nur übertragen. Der Titel muß da sein, bevor er verkauft werden kann, und so wenig wie ein Verkauf, kann eine Reihe von solchen Verkäufen, ihre beständige Wiederholung, diesen Titel schaffen. Was ihn überhaupt geschaffen hat, waren die Produktionsverhältnisse.“² Daß letztere in ihrer bürgerlichen Form – basierend auf dem realen Schein der Zirkulationssphäre – Bewußtseinsformen produzieren, die „Eigentum“ auch dort als existent erscheinen lassen, wo real Eigentumslosigkeit herrscht, ist ein Phänomen, das Marx mit der gewollten Formulierung einer *contradictio in adjecto* zugespitzt auf den Begriff brachte: Er sprach vom Lohnarbeiter als freiem „Eigentümer seines Arbeitsvermögens, seiner Person“³, machte aber zugleich diese Charakterisierung als illusorische *juristische Widerspiegelung* eines gesellschaftlichen Verhältnisses transparent, das seinen wirklichen Inhalt nur verkehrt erscheinen läßt. Es war für ihn selbstverständlich, daß auf die Frage, was das bürgerliche Privateigentum sei, „nur geantwortet werden (konnte) durch eine kritische Analyse der ‚politischen Ökonomie‘, die das Ganze jener Eigentumsverhältnisse, nicht in ihrem *juristischen* Ausdruck als *Willensverhältnisse*, sondern in ihrer realen Gestalt, d. h. als Produktionsverhältnisse, umfaßte“⁴. Demgegenüber ist in der neueren staatstheoretischen Diskussion dort, wo das Privateigentum als ursächlicher Bestimmungsgrund für die Notwendigkeit politischer Vermittlung der gesellschaftlichen Reproduktion angeführt wird, durchweg das Bewußtsein abhanden gekommen, sich im Bereich des juristischen Eigentumsbegriffs zu bewegen⁵. Den tatsächlichen Inhalt des materialistischen Eigentumsbegriffs wieder freizulegen – daß er nämlich den Prozeß formbestimmter Naturaneignung begrifflich abbildet –, ihn also nicht als Oberflächenkategorie der Warenzirkulation zu fassen, ist nötig, um die Relevanz der Eigentumsverhältnisse für die Entstehungsnotwendigkeit *staatlicher* Organisation von antagonistischen Gesellschaftsformationen zu verdeutlichen.

45 Auf die Bedeutung dieses Sachverhalts ist insbesondere von Engels und Lenin vielfach hingewiesen worden. Vgl. z. B. Lenin: Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten? in: Lenin Werke, Bd. 26, S. 88 ff. F. Engels: Anti-Dühring, MEW 20, S. 167. Dies ist vor allem vulgärmarxistischen Positionen gegenüber zu betonen, die im Staat einzig eine repressive Maschinerie erblicken.

46 Von hier aus sind auch die Bedingungen und Tendenzen für die Etablierung autoritärer Herrschaftsformen zu begründen; siehe dazu die Arbeit von H. Asseln, F. Deppe in diesem Band.

47 Es ist hier weder Platz, dies für alle „Stufen“ vorzuführen, noch dies mit empirischen Fakten aufzuarbeiten. Siehe zur empirischen Analyse den Beitrag von H. Caspar in diesem Band.

48 K. Marx: Das Kapital, Bd. 3, MEW 25, S. 452.

49 Es gilt zu unterstreichen, daß es sich hier um dominante Eigentumsstrukturen als Bewegungsformen des Kapitals handelt. Dies wird gerade von Kritikern der Monopoltheorie verkannt, die im Monopol nur ein großes Einzelkapital sehen, dabei aber von den strukturellen Modifikationen der kapitalistischen Reproduktion abstrahieren und somit die Historizität des Kapitals negieren. Vgl. D. Jordan: Der Monopolbegriff im System der Kritik der politischen Ökonomie, in: R. Ebbighausen (Hrsg.): Monopol und Staat. Zur Marx-Rezeption in der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, Frankfurt/M. 1974, S. 137 ff. Zu welchen Inkonsistenzen und Widersprüchen es führt, wenn die Historizität des Kapitals nicht konsequent entwickelt wird, demonstriert E. Altwater: Wertgesetz und Monopolmacht, a.a.O.

50 Wir können hier nicht detailliert auf die Monopolproblematik eingehen, sondern müssen uns damit begnügen, einige in unserem Zusammenhang wichtige Strukturmerkmale zu benennen. Vgl. zu den speziellen Problemen dieses Komplexes und deren kontroverser Diskussion z. B. W. M. Breuer: Zur Politischen Ökonomie des Monopols, Köln 1975; die Aufsätze von Huffschild, Katzenstein und Altwater im Argument-Sonderband Nr. 6 sowie R. Ebbighausen (Hrsg.): Monopol und Staat, a.a.O.

51 Tjulpanow, Scheinis sprechen in diesem Zusammenhang von „drei Agenten der Produktion“, vgl. S. L. Tjulpanow, V. L. Scheinis: Aktuelle Probleme der politischen Ökonomie des heutigen Kapitalismus, Frankfurt/M. 1975, S. 118.

52 In diesem Sinne wird der Staat auch nicht – wie Hirsch meint – „zu einem Moment der Durchsetzung des Wertgesetzes“ (J. Hirsch: Elemente einer materialistischen Staatstheorie, in: Braunmühl, Funken u. a.: Probleme einer materialistischen Staatstheorie, Frankfurt/M. 1973, S. 241), sondern gerade zum Förderer ihm entgegengesetzter Friktionen. Die Widersprüchlichkeit von Staatsfunktionen begründet sich daher nicht aus den Schwierigkeiten, das Wertgesetz durchzusetzen, sondern umgekehrt daraus, daß sie einerseits seine hemmenden Prozesse fördern, andererseits deren systembedrohende Wirkungen kompensieren sollen. Vgl. auch H. J. Axt: Staat – Multinationale Konzerne – Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, a. a. O., S. 179.

53 Vgl. dazu den folgenden Beitrag von H. Asseln, F. Deppe.

Heiko Asseln und Frank Deppe

Die „Staatsfrage“ und die Strategie der Arbeiterbewegung

1. Vorbemerkung

Daß die Anstrengung um die „Rekonstruktion“ einer materialistischen Theorie des Staates auf die Praxis der Klassenauseinandersetzungen, auf zentrale Probleme der Strategie der Arbeiterbewegung bezogen ist, wird von nahezu allen Teilnehmern der „Staatsdebatte“ emphatisch beteuert. Wie in kaum einem anderen Gebiet läßt sich bei der „Staatsableitung“ das intellektuelle Kokettieren mit der „proletarischen Revolution“ und das Bedürfnis individualistischer Selbstbestätigung miteinander kombinieren. „Kritik des Staates ist Kritik der Politik“ – und „Kritik der Politik“ erscheint unmittelbar als „Anleitung politischen Handelns“. Dennoch erstarrte im Verlauf der Diskussion der vergangenen Jahre das Bekenntnis zur praktisch-politischen Relevanz der Staatsanalyse zum Ritual; denn es zeigt sich, daß kaum noch die Anstrengung unternommen wird, die Analyse der Form- und Funktionsbestimmung des Staates mit den praktischen Anforderungen der „unter unseren Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung“ zu vermitteln. Vielmehr scheint sich ein kleinbürgerlicher Besitzindividualismus in der Verteidigung von Ableitungsansätzen durchzusetzen.

Oft erschöpft sich der politische Anspruch in einem abstrakten „Antirevisionismus“. So begann die „Staatsdebatte“ vor einigen Jahren mit der Hypothese von der „abnehmenden Rolle des Staates beim Kampf zwischen Kapital und Arbeit“¹, in deren Konsequenz die unmittelbare Konfrontation auf der Ebene der materiellen Produktion als die zentrale Ebene der Klassenauseinandersetzungen, die Orientierung des Kampfes der Arbeiterbewegung auf demokratische Veränderungen der Strukturen und Funktionen des politischen Herrschaftssystems hingegen als illusionär und reformistisch bestimmt wurde. Zugleich verfielen nachfolgende „Ableitungsansätze“ oft einer Revolutionsmetaphysik, indem sie die Entschleierung der mystifizierten Formen politischer Herrschaft, die Aufdeckung des Wesens der bürgerlichen Staatsgewalt als Unterdrückungs- und Disziplinierungsinstrument der herrschenden Klasse, mit dem Hereinbrechen der ökonomischen und politischen Krise der bürgerlichen Gesellschaft verkoppelten² und auf diese Weise den Bezug zur Vermittlung zwischen der theoretischen Erkenntnis der bürgerlichen Gesellschaft und dem „täglichen Kleinkrieg zwischen Lohnarbeit und Kapital“ abschnitten – bis die Revolution im Gefolge der Krise hereinbricht. Die bürgerliche Gesellschaft wird so nicht mehr als ein konkret historischer Prozeß begriffen, der immer schon durch den Klassenantagonismus konstituiert ist, sondern als ein abstraktes, überhistorisches Wesen, das zugrunde geht, indem es zu sich selbst kommt.

Die nachfolgenden Überlegungen konzentrieren sich auf einige wesentliche Aspekte, in denen die Verknüpfung der materialistischen Staatstheorie mit der Strategie des Klassenkampfes besonders eng ist. Dabei wird zunächst – anhand der strategischen Vorstellungen und Diskussionen in der westeuropäischen Arbeiterbewegung, insbesondere der größten kommunistischen Parteien Westeuropas (FKP, IKP, KPS) – der Frage nachgegangen, ob und in welcher Weise der für den gegenwärtigen Kapitalismus charakteristische Zusammenhang von gesellschaftlicher Reproduktion und politischen Herrschafts- und Regulierungsfunktionen auf die Inhalte und Formen des Kampfes der Arbeiterbewegung einwirkt. Danach wird kurz auf die Konzeptionen von Marx, Engels und Lenin zur „Erringung der politischen Macht“ und zur „Zerschlagung“ der bürgerlichen Staatsmaschinerie als dem strategisch zentralen „Knotenpunkt“ im Prozeß des revolutionären Übergangs von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaft eingegangen. Diese Zielsetzung kann nur aus der Marx'schen Staatstheorie selbst begründet werden: die Aufhebung der Trennung von Staat und Gesellschaft, die Zurücknahme der Verdoppelung des vergesellschafteten Individuums in „Bourgeois“ und „Citoyen“, damit die radikale Veränderung der Formen und Institutionen gesellschaftlicher Herrschaft und Verwaltung muß als wesentlicher Zweck des Kampfes um die politische „Machtergreifung“ begriffen sein und praktisch entfaltet werden. Schließlich soll dann die heute von den kommunistischen Parteien vertretene Konzeption der „demokratischen Transformation des Staates“ genauer untersucht werden.

2. Die Strategie des Kampfes um die „antimonopolistische Demokratie“

Die bürgerlichen Informationsmedien suggerieren seit einiger Zeit mit beträchtlicher Energie die Vorstellung, daß sich – vor allem im Zusammenhang der Vorbereitung der Berliner Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas – ein Bruch in der internationalen kommunistischen Bewegung vollzogen habe³. Er soll sich in dem Verzicht auf wesentliche Bestandteile des programmatisch-strategischen Grundkonzeptes des Marxismus-Leninismus äußern. Der Verzicht auf den Kampf für die „Diktatur des Proletariats“, den der letzte Parteitag der Französischen Kommunistischen Partei (FKP) beschlossen hat, sei hierfür ein Beispiel⁴. Ferner zeige sich der „Bruch“ in wachsenden – auch öffentlich ausgetragenen – Meinungsverschiedenheiten zwischen den kommunistischen Parteien, vor allem zwischen den Regierungsparteien der sozialistischen Länder und den größten westeuropäischen Parteien in Italien, Frankreich und Spanien⁵. Schnell wurde der Begriff „Euro-Kommunismus“ popularisiert, um die Wende in der Entwicklung der internationalen kommunistischen Bewegung zu kennzeichnen⁶.

Die Auseinandersetzung mit solchen Interpretationen kann nicht auf jener Ebene oberflächlicher Vorurteile erfolgen, bei denen der Wunsch eines Auseinanderbrechens prinzipieller Solidarität in der internationalen kommunistischen Bewegung leicht als der Vater zu erkennen ist⁷. Vielmehr kommt es darauf an, vorhandene Meinungsverschiedenheiten vor dem Hintergrund gemeinsamer Positionen und Strategien der kommunistischen Parteien, der gegenwärtigen Krise des kapitalistischen Systems und der Möglichkeiten einer erfolgreichen sozialistischen Politik, der besonderen Kampfbedingungen in den einzelnen Ländern und schließlich der historischen Kontingenz der Begründung re-

volutionärer Strategien sowohl aus dem Erkenntniszusammenhang des Marxismus-Leninismus als auch den praktisch-historischen Erfahrungen des bisherigen revolutionären Prozesses zu entwickeln und zu diskutieren.

Die Diskussion über die Prinzipien des „Weges zum Sozialismus“ beruht in erster Linie darauf, daß in einigen hochentwickelten kapitalistischen Ländern Westeuropas die Öffnung des Weges zum Sozialismus zu einer Tagesfrage geworden ist. Zum ersten Male seit der Niederschlagung des Faschismus (1944/45) und der – bis zum Eintritt in den kalten Krieg – nachfolgenden Periode des wachsenden Einflusses der kommunistischen Arbeiterbewegung, wie er u. a. in der Regierungsbeteiligung kommunistischer Parteien in einigen Ländern Westeuropas sichtbar wurde, hat sich die Krise des kapitalistischen Systems so zugespitzt, daß seine Mechanismen der Integration und Selbstregulierung zunehmend versagen, daß die Arbeiterbewegung im Bündnis mit anderen demokratischen Kräften einen bedeutenden Machtzuwachs auf allen Ebenen der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen errungen hat. Diese Transformation ist keineswegs plötzlich eingetreten, sondern Resultat weltpolitischer Veränderungen und Klassenauseinandersetzungen, die schon Mitte der sechziger Jahre mit dem sich abzeichnenden Abschluß der langen kapitalistischen Prosperitätsphase einsetzte und Ende der sechziger Jahre (u. a. „Mai 68“ in Frankreich, „heißer Herbst 69“ in Italien) einen ersten Höhepunkt erreichten. Obwohl zum Teil Niederlagen hinzunehmen waren, konnten diese Bewegungen von den Gegen- und Anpassungsstrategien des Kapitals und des bürgerlichen Staates nicht zu einer Ausschaltung bzw. Schwächung der sozialistischen Kräfte benutzt werden. Der Kommunismus, der in der Periode des kalten Krieges und der verschiedenen nationalen „Wirtschaftswunder“ für tot erklärt worden war, hat sich heute in einigen großen Ländern Westeuropas zur einflußreichen politischen Kraft, zur führenden Vertretung in der Arbeiterbewegung entwickelt⁸. Während aber z. B. in Italien heute kaum noch gegen die zweitstärkste Partei des Landes, die IKP, regiert werden kann⁹, befinden sich die kommunistischen Parteien anderer Länder – z. B. in der BRD, Großbritannien, Belgien oder der Schweiz – nach wie vor in einer politischen Randposition, die nicht nur aus den besonderen ökonomischen Entwicklungsbedingungen dieser Länder, der Weltmarktposition der nationalen Kapitale resultieren, sondern zugleich durch spezifisch nationale politische Traditionen, den Einfluß des Reformismus in der Arbeiterbewegung oder auch durch staatliche Repressions- und Integrationsstrategien bestimmt werden.

Trotz unterschiedlicher Aktions- und Kampfbedingungen der einzelnen kommunistischen Parteien – vom Kampf um die endgültige Beseitigung des faschistischen Systems in Spanien bis zur Regierungsbeteiligung der Kommunisten in Italien –, stimmen sie in ihrer strategischen Grundkonzeption des Weges zum Sozialismus weitgehend überein. Sie verfolgen aktuell nicht das Ziel eines gewaltsamen und plötzlichen Sturzes der herrschenden ökonomischen und politischen Verhältnisse. Vielmehr streben sie demokratische Strukturveränderungen an, die den „Weg zum Sozialismus öffnen“ sollen. Diese Strategie des Kampfes für die „antimonopolistische Demokratie“¹⁰, für eine „fortgeschrittene politische und wirtschaftliche Demokratie“¹¹ bzw. – in Spanien – für die „politisch-soziale“ oder „antimonopolistische und antilatfundistische Demo-

kratie¹² wurde während der Brüsseler Konferenz der kommunistischen Parteien Westeuropas (1974) wie folgt charakterisiert:

„Diese Umgestaltungen, die den jedem Land eigenen Bedingungen Rechnung tragen, müssen darauf zielen, die Vorherrschaft der Monopole über die Nation einzuschränken und dann zu brechen, das ökonomische und soziale Leben zu demokratisieren. Sie beinhalten im allgemeinen die Verstaatlichung der Schlüsselsektoren der Wirtschaft oder die Ausweitung des öffentlichen Sektors unter demokratischer Kontrolle und wirksamer Beteiligung der Gewerkschaften, die Ausweitung der Rechte und Positionen der Arbeiter im Betrieb, deren Beteiligung bei der Führung und Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten. Die Entwicklung der Kämpfe der Arbeiterklasse und anderer sozialer Schichten, die Opfer der Politik des Großkapitals sind, die Herausbildung einer breiten Massenbewegung, die von politischen, auf einen antimonopolistischen Inhalt basierenden Bündnissen gefördert würde, können dazu führen, solche Veränderungen zu erzwingen. Der Kampf um diese demokratischen Umgestaltungen ist Bestandteil des Kampfes um den Sozialismus. Sein Erfolg wird die günstigsten Bedingungen für einen Weg in diesem Kampf schaffen¹³.“

Im Selbstverständnis dieser Parteien, bedeutet eine solche Orientierung keineswegs einen Bruch mit der marxistisch-leninistischen Theorie oder mit ihrer eigenen historischen Erfahrung. Vielmehr wird die antimonopolistische Demokratie als eine notwendige „Übergangsetappe“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus begriffen und gerade in dieser Vermittlung von mittel- und langfristiger Strategie die qualitative Differenz zum sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Reformismus gesehen¹⁴. Marx und Engels haben schon im „Manifest“ von solchen Übergangsmaßnahmen gesprochen: „Das Proletariat soll seine politische Herrschaft, die Erkämpfung der Demokratie“ dazu benutzen, Maßregeln zu ergreifen, „die ökonomisch unzureichend und unhaltbar erscheinen, die aber im Laufe der Bewegung über sich selbst hinaustreiben und als Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise unvermeidlich sind¹⁵“. Lenin hat noch im September 1917 die Möglichkeit einer „revolutionären Demokratie“ anerkannt: Diese „ist noch kein Sozialismus, aber schon kein Kapitalismus mehr. Das ist ein gewaltiger Schritt zum Sozialismus, ein derartiger Schritt, daß man – die Erhaltung der vollen Demokratie vorausgesetzt – von diesem Schritt schon nicht mehr ohne eine unerhörte Vergewaltigung der Massen zum Kapitalismus zurückkehren könnte¹⁶“. Die Politik der „Aktionseinheit“ war schon auf dem zweiten Kongreß der KI (1920) diskutiert worden, als Lenin forderte, „die ganze Aufmerksamkeit auf den nächsten Schritt zu konzentrieren, ... nämlich darauf, die Form des Übergehens zur proletarischen Revolution oder des Herangehens an sie ausfindig zu machen¹⁷“. Auf diese Forderung bezog sich später G. Dimitrov, als er vor dem 7. Weltkongreß der KI (1935) darauf hinwies, die Einheitsfrontregierung werde sich „möglicherweise ... in einer Reihe von Ländern ... als eine der wichtigsten Übergangsformen erweisen.“¹⁸ Und nach 1945 beriefen sich die kommunistischen Parteien – z. B. bei der Regierungsbeteiligung, um am Aufbau einer „antifaschistisch-demokratischen“ oder „volksdemokratischen“ Ordnung mitzuwirken – immer wieder auf diese theoretische und historische Kontinuität ihrer Politik.

Hier sollen diese Linien nicht weiterverfolgt werden; denn jede Phase der Entwicklung bedarf einer genauen Analyse der jeweiligen Kräftekonstellation der Klassen, der weltpolitischen Situation und der besonderen nationalen Kampfbedingungen der Arbeiterbewegung. Im Hinblick auf später zu behandelnde Meinungsunterschiede muß jedoch festgehalten werden, daß die kommunistischen Parteien in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern eine Strategie verfolgen, die den Kampf für antimonopolistisch-demokratische Übergangsziele für notwendig und den legalen, demokratischen und friedlichen Übergang zu Sozialismus für *möglich* hält¹⁹. Auch diese strategischen Konzeptionen sind keineswegs neu: Schon 1960 wurden sie im wesentlichen auf der Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien als gemeinsame Position formuliert – z. B. im programmatischen Leitsatz über die Vermeidbarkeit und Abwendbarkeit von Kriegen, oder mit dem Hinweis auf die Möglichkeit, „den reaktionären, volksfeindlichen Kräften eine Niederlage beizubringen, eine stabile Parlamentsmehrheit zu erringen, das Parlament aus einem Werkzeug, das den Klasseninteressen der Bourgeoisie dient, in ein Instrument zu verwandeln, das dem schaffenden Volk dient, einen umfassenden außerparlamentarischen Massenkampf zu entfalten, den Widerstand der reaktionären Kräfte zu brechen und die notwendigen Voraussetzungen für die friedliche Verwirklichung der sozialistischen Revolution zu schaffen“²⁰.

Gleichwohl sollten Verweise auf die gemeinsame Basis nicht dazu verleiten, faktische Unterschiede und Differenzen zu verschleiern. Ebensovienig vermag übrigens der bloße Hinweis auf die historische Kontinuität theoretischer und strategischer Diskussionen, z. B. über das Programm der Demokratie, die den Weg zum Sozialismus öffnet – die Spezifik der heutigen Bedingungen der Klassenauseinandersetzungen zu erhellen. Er tendiert sogar oftmals dazu, die neuen Anforderungen und Inhalte des Klassenkampfes – aber auch seine widersprüchlichen Bewegungsformen – in der Verallgemeinerung zu nivellieren und damit unkenntlich zu machen. Die strategischen Grundbestimmungen des Weges der „antimonopolistischen Demokratie“ und ihre historische Funktion sind nicht mit einigen Sätzen oder gar Satzfragmenten von Marx, Engels oder Lenin hinreichend zu begreifen, sondern beinhalten in der Tat neue Elemente. Diese sind aber nicht nur im Zusammenhang einer geistesgeschichtlichen Tradition, sondern in erster Linie im Zusammenhang realer gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse zu diskutieren.

1. Die Konzeption des friedlichen, demokratisch-legalen Kampfes für den Sozialismus ist zur bestimmenden strategischen Konzeption der kommunistischen Parteien geworden. Bei Marx und Lenin figuriert diese Möglichkeit ganz eindeutig als Ausnahmefall²¹. Engels hat noch in seinem letzten Manuskript, in dem er den epochalen Wandel des revolutionären Prozesses von der minoritären, bewaffneten Überrumpelung zum Kampf „bewußter Massen“, der sich auch des „allgemeinen Stimmrechts“ bedient²², analysierte, ausdrücklich den Umschlag der legalen und friedlichen Aktion der Arbeiterbewegung in die illegale, gewaltsame Reaktion der Bourgeoisie hervorgehoben²³. Seit den Auseinandersetzungen mit dem Faschismus, verstärkt nach 1945, betrachten die kommunistischen Parteien der hochentwickelten kapitalistischen Länder den „bewaffneten Aufstand“, den Weg des „Bürgerkrieges“, als Ausnahmefall, den friedlichen, demokratischen und legalen Weg als anzustrebenden Regel-

fall²⁴. Das heißt nicht, „sich in der Illusion einer ruhigen, erschütterungsfreien Evolution der Gesellschaft vom Kapitalismus zum Sozialismus zu wiegen“²⁵, sondern daß „die Volksmassen in jeder Etappe des Kampfes für den Sozialismus bereit und in der Lage sind, zu verhindern, daß die Großbourgeoisie, die niemals freiwillig auf ihre Herrschaft und Privilegien verzichten wird, und die Reaktion sich der Illegalität, der Subversion und der Gewalt bedienen“²⁶. Ebenso vertritt die Kommunistische Partei Spaniens die

„... Ansicht, daß es unter bestimmten geschichtlichen Umständen notwendig und unvermeidlich ist, zur Gewalt zu greifen, um die reaktionären Mächte zu stürzen, die den Fortschritt der Gesellschaft diktatorisch verhindern, und um sich der reaktionären Gewalt zu widersetzen. Wir schließen es auch nicht aus, daß der demokratische Weg zum Sozialismus Momente der Gewalt erleben kann. In einem solchen Falle wird die Gewalt jedoch angewandt werden zur Verteidigung der Demokratie, zur Verteidigung des Rechtes der Mehrheit, zur Verteidigung des pluralistischen Systems freier Meinungsgegenüberstellung, des Rechtes des Volkes auf Ausdehnung der politischen Demokratie auf den sozialen Bereich, des Rechtes darauf, eine Gesellschaft ohne Ausgebeutete noch Ausbeuter frei aufzubauen“²⁷.

Das „Gewaltproblem“ stellt sich aber nur im Zusammenhang der politischen Sicherung dieser Konzeption und nicht als Alternative zu ihr. Das ist der entscheidende Gesichtspunkt, der die These von der Herausbildung neuer Elemente in den strategischen Konzeptionen der kommunistischen Parteien der hochentwickelten kapitalistischen Länder bestätigt²⁸.

2. Allein aus der Anerkennung der bürgerlich-demokratischen Legalität durch die kommunistischen Parteien, die die Anerkennung des Systems der bürgerlichen Rechte und Freiheiten, der Institutionen des politischen Systems bürgerlicher Herrschaft und schließlich der bürgerlichen Rechtsstaatlichkeit einschließt, könnte auf einen Bruch mit der marxistisch-leninistischen Auffassung geschlossen werden, derzufolge die „Hauptfrage“ der Revolution die „Übernahme der (Staats-)Macht durch die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten“ und die „Zerstörung der bürgerlichen Staatsmaschine“ bildet²⁹. Allerdings kann die Anerkennung des Legalitätsprinzips nicht als der entscheidende Gesichtspunkt gelten; denn die Verteidigung der demokratischen Institutionen und Freiheiten

„... bedeutet nicht, in eine Art gesetzanbeterische Illusion zu fallen und auf die wesentliche Pflicht zu verzichten, sowohl in der Regierung als auch in der Opposition ständig die Initiative zu tiefgreifender demokratischer Erneuerung der Gesetze, Ordnungen, Strukturen und Apparate des Staates zu ergreifen. Diese Erfahrung, die wir noch vor anderen Ländern machten, erinnert uns immer an die Notwendigkeit, den Kampf um die wirtschaftliche und soziale Umgestaltung mit dem Kampf um die Erneuerung aller Organe und der Macht des Staates zu verbinden“³⁰.

Es ist also weniger das Legalitätskonzept, als vielmehr die Strategie der „demokratischen Transformation“ des bürgerlichen Staates, in der qualitativ neue Momente einer revolutionären, sozialistischen Kampfperspektive aufscheinen. Am prägnantesten wird der Bruch mit den staatsrechtlichen Grundeinsichten des Marxismus von Carillo formuliert: „Man muß brechen mit der Vorstel-

lung, daß die repräsentative Demokratie eine dem kapitalistischen System der entwickelten Länder eigene Form sei. Die repräsentative Demokratie, kombiniert mit Formen der direkten Demokratie auf allen Ebenen, kann ohne weiteres auch die Form des sozialistischen Systems sein³¹.“ Die Frage der Legalität wird also wie die Gewalt heute in den kommunistischen Parteien Westeuropas ganz anders diskutiert als in der Gründungszeit der Kommunistischen Internationale. Damals war die Frage von Legalität und Illegalität als taktische Frage gestellt³², welche Form der Praxis die günstigsten Bedingungen für den Kampf gegen die bürgerliche Ordnung schafft. Heute hingegen wird z. B. von Berlinguer das „Voranschreiten zum Sozialismus in der Demokratie“ als „Respektierung und Verwirklichung der republikanischen Verfassung“, an deren Ausarbeitung die Kommunisten beteiligt waren, charakterisiert³³. Dem wiederum liegen Überlegungen zugrunde, die Togliatti 1964 in der Frage nach der Möglichkeit zusammenfaßte, „... Machtpositionen von Seiten der arbeitenden Klassen im Rahmen eines Staates (zu erobern), der seine Natur eines bürgerlichen Staates nicht geändert hat.“ Daher stellt sich die Frage, „ob der Kampf um eine progressive Umgestaltung dieser Natur von innen heraus möglich ist. In den Ländern, wo die kommunistische Bewegung so stark wie bei uns (und in Frankreich) geworden ist, ist das die Grundfrage, die heute im politischen Kampf entsteht“³⁴.

Diese Position ist schon zum damaligen Zeitpunkt hart kritisiert worden: Von rechts ordnete H. Marcuse eine solche kommunistische Politik dem Typus sozialdemokratischer Politik zu, wobei er seine These von der Auflösung der Arbeiterklasse als dem revolutionären Subjekt in der entwickelten Industriegesellschaft mit der These von der Zwangsläufigkeit des Wandels kommunistischer Politik verknüpfte³⁵. Von ultralinks verdammt die chinesischen Kommunisten die Auffassung Togliattis als einen „kompletten Verrat an den marxistisch-leninistischen Theorien der proletarischen Revolution der Diktatur des Proletariats“³⁶. Togliatti selbst hat freilich die revolutionäre Bestimmung kommunistischer Politik eher auf die Fähigkeit bezogen, die Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes als Klassenkämpfe mit der Perspektive der Aufhebung der Klassenherrschaft zu organisieren und weiterzutreiben: „Die Fragen der Demokratie, des Parlamentarismus und des Sozialismus werden von uns immer, sowohl unter Berücksichtigung der Weise, wie die Klassengegensätze sich entwickeln, aufgeworfen, als auch in bezug auf den Kampf der Arbeiterklasse und der von ihr geführten Volkskräfte und in bezug auf die Erfolge dieses Kampfes gegen die kapitalistischen, führenden Klassen. Hier liegt der tiefste Abweichungspunkt zwischen unserer Auffassung, die revolutionär ist, und der reformistischen Auffassung der Sozialdemokratie“³⁷.

3. Neben der historischen Bedeutung der Strategie des friedlichen, demokratischen und legalen Kampfes muß auch der Inhalt und die historische Funktion der „antimonopolistischen Demokratie“ reflektiert werden. Übereinstimmend wird diese als Übergangsform – nicht mehr Kapitalismus, aber noch nicht Sozialismus – begriffen und die Politik, die ihre Durchsetzung verfolgt, als eine Politik des „Heranführens“ an den Sozialismus³⁸: „Die politische und soziale Demokratie ist noch nicht der Sozialismus. Aber sie ist die Phase der gesellschaftlichen Entwicklung, die unmittelbar an den Sozialismus heranführt.“³⁹ Diese programmatischen Zielsetzungen sind keineswegs bruchlos auf

die Aussagen der „Klassiker“ zu beziehen: Marx hat der „revolutionären Übergangsperiode“ zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft als „politische Übergangsperiode (...) die revolutionäre Diktatur des Proletariats“ zugeordnet und zugleich die „demokratische Republik“ als die letzte Staatsform der bürgerlichen Gesellschaft bezeichnet, in der „der Klassenkampf definitiv auszufechten ist“⁴⁰. Auch Engels hat die „demokratische Republik“ als Form erkannt, die zwar „dem Proletariat Waffen in die Hand“ gibt⁴¹, jedoch keineswegs als politische Form revolutionär-sozialistischer Umwälzungen bewahrt werden könne: „Aber die Republik wird wie jede andere Regierungsform durch ihren Inhalt bestimmt; solange sie die Herrschaftsform der Bourgeoisie ist, ist sie uns genauso feindlich wie irgend eine Monarchie (abgesehen von den Formen dieser Feindseligkeit). Es ist also eine höchst unbegründete Illusion, sie ihrem Wesen nach für eine sozialistische Form zu halten, oder ihr, solange sie von der Bourgeoisie beherrscht ist, sozialistische Aufgaben anzuvertrauen. Wir können ihr Zugeständnisse entreißen, aber ihr niemals die Ausführung unserer eigenen Arbeit übertragen“⁴².

Bei genauerer Betrachtung der Diskussion in den westeuropäischen kommunistischen Parteien zeigt sich nun, daß bei der Bestimmung dieser „Übergangsetappe“ höchst unterschiedliche Auffassungen vorliegen. Bei der IKP – also bei derjenigen Partei, die auf Grund ihres Einflusses sich der Realisierung der „antimonopolistischen Demokratie“ am weitesten angenähert hat – finden sich erstaunlich wenige Konkretisierungen, die die Vorstellung über den Weg vom „historischen Kompromiß“ zum Sozialismus erkennen lassen⁴³. Unklarheiten bestehen auch über den Charakter dieser Übergangsform. So wird zum einen betont, daß die fortschrittliche Demokratie auf Grund ihrer vermittelnden Funktion, nach ihrer „inneren Gesetzmäßigkeit... keine dritte Gesellschaftsordnung zwischen Kapitalismus und Sozialismus konstituieren kann, sondern (daß sie) zum Sozialismus fortschreiten muß, wenn sie nicht den restaurativen Kräften zum Opfer fallen will“⁴⁴. Daraus folgt die These, es gehe „bei der antimonopolistischen Demokratie um eine Möglichkeit auf dem Wege zum Sozialismus, ausgehend von den heutigen Bedingungen des Klassenkampfes, jedoch nicht um eine historisch unvermeidliche Gesetzmäßigkeit“⁴⁵. Damit wird die Programmatik der antimonopolistischen Demokratie der historischen Entscheidungskraft der „konkreten Bedingungen des Klassenkampfes“ untergeordnet und unmittelbar verknüpft mit der zentralen Frage nach ihrer Funktion für das Heranführen an die sozialistische Revolution selbst.

Demgegenüber vertritt die KP Spaniens die „... Ansicht, daß es auf dem Wege zur sozialistischen Revolution *objektiv* eine Zwischenetappe gibt, die es der Arbeiterklasse ermöglicht, sich an die Spitze der breiten Volksmassen zu setzen, ein Bündnis mit breiten antimonopolistischen Gesellschaftsschichten herzustellen, um die politische und ökonomische Macht der monopolistischen Gruppen zu brechen und so einen entscheidenden Schritt zu ihrer eigenen Befreiung zu machen“⁴⁶. Hier wird also die Übergangsetappe als eine relativ selbständige politisch-soziale „Ordnung“ begriffen: mit eigenständigen Formen der demokratischen Macht („eine neue politische Formation, die alle sozialistischen Kräfte zusammenfaßt“)⁴⁷ sowie mit national besonderen wie historisch neuartigen Merkmalen des Vorantreibens der politischen Demokratie, die als qualitative Erweiterung des bürgerlichen Repräsentativsystems und seiner In-

stitutionen gefaßt ist, der „direkten Demokratie“ in allen Bereichen der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion und schließlich der „wirtschaftlich-sozialen Demokratie“, d. h. der demokratischen Vergesellschaftung der „Festungen“ des Monopolkapitals: Diese „historische Etappe (wird) eine längere Zeit in Anspruch nehmen“⁴⁸.

Die unterschiedliche Bestimmung der historischen Funktion der antimonopolistischen Demokratie vermittelt einen ersten Einblick in die Voraussetzungen der Meinungsunterschiede in der internationalen kommunistischen Bewegung. Die Frage, ob die „antimonopolistische Demokratie“ eine mögliche Übergangsform ist, die durch die – heute nicht prognostizierbare – Dynamik der realen Klassenbewegung entschieden wird, oder eine objektive Etappe bzw. Stufe mit historisch und gesellschaftlich eigenständigen Merkmalen, die ihre sozialökonomische Struktur wie ihr politisches Herrschaftssystem auszeichnen, scheint zunächst für die Analyse politischer Strategien von relativ geringer Bedeutung. Dennoch ergibt sich aus diesen beiden Varianten eine bedeutsame Differenz: Die Konzentration auf die Funktion der antimonopolistischen Demokratie für das Heranführen an die sozialistische Revolution setzt „allgemeine Prinzipien der sozialistischen Revolution“ voraus, die den „spezifischen Formen ihrer Erscheinungsweise“ zugrunde liegen⁴⁹. Diese allgemeinen Prinzipien werden weitgehend mit den Grundstrukturen der Entwicklung des revolutionären Prozesses in den sozialistischen Ländern – vor allem in der Sowjetunion – identifiziert, wobei sich dies allerdings nicht auf die spezifischen Formen bezieht, in denen sich z. B. der Sozialismus in der Sowjetunion durchgesetzt hat. Im Unterschied zu dieser Akzentuierung der „Gemeinsamkeit der Gesetzmäßigkeit der sozialistischen Revolution“⁵⁰ fällt in den Diskussionen einiger westeuropäischer kommunistischer Parteien die Konzentration auf die nationalen Besonderheiten und die besonderen und neuartigen Probleme des revolutionären Prozesses in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern – vor allem in Westeuropa – auf. Die „antimonopolistische Demokratie“ wird als neues „Modell“ einer revolutionären Transformationsstrategie begriffen, das den besonderen Traditionen wie den existierenden sozialökonomischen, politischen und ideologischen Strukturen dieser Länder entspricht und daher weder mit dem Entwicklungsmodell der sozialistischen Länder noch mit den revolutionären Erfahrungen in den ehemaligen Kolonien der „Dritten Welt“ übereinstimmen kann. In der Diskussion der westeuropäischen kommunistischen Parteien wird die Allgemeingültigkeit des „sowjetischen Modells“ zurückgewiesen⁵¹, was allerdings eher an die Adresse der bürgerlichen Kritiker gerichtet ist, denn die sowjetischen Kommunisten haben eine solche „Allgemeingültigkeit“ niemals postuliert. Im Kern geht es dabei darum, „neue Wege zum Sozialismus in den Ländern des europäischen Westens zu suchen“⁵², die Verbindung des Kampfes für den Sozialismus mit dem Kampf um die antimonopolistische Demokratie wird dabei als bisherigen Erfahrungen und Modellen nicht subsumentierbare Strategie begriffen, in deren Verwirklichung sich die relative Eigenständigkeit eines sozialistischen Prozesses in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern reflektiert.

Gleichwohl liegt der Grund von Meinungsunterschieden nicht in theoretischen Divergenzen über wesentliche Inhalte der marxistisch-leninistischen Revolutionstheorie oder der bisherigen Erfahrungen des realen Sozialismus.

Diese reproduzieren lediglich wirkliche Probleme der Klassenbewegung. Dabei sollten vor allem zwei Faktoren genauer beachtet werden: Auf der einen Seite werfen der Krisenprozeß des kapitalistischen Systems und das Niveau der Klassenkämpfe ständig neue Probleme auf, die weder durch den Rekurs auf programmatische Formulierungen von Marx, Engels oder Lenin noch durch den Rekurs auf revolutionsgeschichtliche Erfahrungen gelöst werden können. Ihre Lösung erfordert vielmehr die ständige Vermittlung theoretischer Einsichten und historischer Erfahrungen mit der Entwicklungsstufe der bürgerlichen Gesellschaft und den konkreten Bedingungen der Klassenseinsetzung. Da sich ein solcher Vermittlungsprozeß nur in der Praxis entfalten kann, ist es unvermeidlich, daß aus diesem Zusammenhang, seinen Erfolgen, Niederlagen und Fehlern, unterschiedliche Auffassungen darüber hervorzunehmen, wie die „entscheidende Phase der weltweiten Schlacht für den Sozialismus, ... die Phase des konkreten Kampfes für die sozialistische Umgestaltung in den entwickelten kapitalistischen Ländern“⁵³, gestaltet werden soll. Auf der anderen Seite werden solche Erfahrungen durch die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung des Sozialismus noch gefördert. Je weniger diese Ungleichmäßigkeit theoretisch und praktisch verarbeitet ist – d. h. je mehr sie bloß empirisch wahrgenommen wird, um so mehr wird sich die Tendenz zur falschen Verallgemeinerung regionaler oder nationaler Kampfbedingungen durchsetzen.

Der folgende Abschnitt geht der Frage nach, ob durch die gegenwärtigen Reproduktionsbedingungen des Kapitalismus sowie durch das Niveau der Klassenkämpfe Strukturveränderungen produziert werden, die es rechtfertigen, für die gegenwärtige Strategie der Arbeiterbewegung in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern das Problem des Zusammenhangs von Demokratie und Sozialismus neu zu stellen.

3. Der „friedliche und demokratische Weg zum Sozialismus“ – ein taktisches oder strategisches Konzept?

Fassen wir den Ausgangspunkt für die Behandlung des Zusammenhangs von Klassenkampfstrategie und den gesellschaftlichen und politischen Strukturen des gegenwärtigen Kapitalismus zusammen: Die Antworten, die in einigen westeuropäischen Kpen diskutiert werden, lassen sich keineswegs durch die nationalen Besonderheiten der kapitalistischen Entwicklung und der jeweiligen Arbeiterbewegung erklären, obwohl deren Rolle nicht übersehen werden kann. Gleichwohl werden schon heute die Konturen einer Strategie deutlich, die beansprucht, ein Programm für die „Phase des konkreten Kampfes für die sozialistische Umgestaltung in den entwickelten kapitalistischen Ländern“ auszuarbeiten. Carillo faßt den Anspruch in der Frage zusammen: „Wie kann die soziale Revolution im Rahmen eines demokratischen politischen Systems bewerkstelligt werden, bei der die philosophische Vielfalt der unterschiedlichen sozialistischen Strömungen, ihre politische Persönlichkeit respektiert werden, bei der die tatsächliche Macht nicht in den Händen dieser oder jener Partei, sondern in den Händen der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen des Landes liegt?“⁵⁴ Ähnlich argumentiert Lucio Libertini: „Was gewöhnlich im Jargon des Journalismus als ‚Eurokommunismus‘ bezeichnet wird, ist in der Tat heute ein wichtiges Problem – das Problem den Sozialismus in einem großen und reichen Kontinent zu verwirklichen, der das industrielle Zeitalter

durchlaufen und die tiefen und komplexen Auswirkungen der bürgerlichen Revolutionen erfahren hat; in einem Kontinent, in dem die Verbindung zwischen Demokratie und Sozialismus zu einer Angelegenheit von entscheidender und hervorragender Bedeutung wird.⁵⁵ Die spezifischen Bedingungen, die diese Strategie im Unterschied zu den bisherigen sozialistischen Revolutionen – von der russischen Oktoberrevolution über den Aufbau der Volksdemokratien bis hin zu den sozialistischen Revolutionen in Asien, Lateinamerika und Afrika – legitimieren sollen, werden aus der Analyse der gegenwärtigen sozialökonomischen und politischen Strukturen, der Reife und Tradition der Klassenkämpfe und des Klassenbewußtseins, der Veränderung der weltpolitischen Kräftekonstellation, schließlich aber auch aus der kritischen Reflexion bestimmter Widersprüche in den gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen des realen Sozialismus gewonnen.

1. Alle bisherigen sozialistischen Revolutionen – beginnend mit der Pariser Kommune 1871 – standen in Zusammenhang militärischer Auseinandersetzungen. Sie gingen aus der Auflehnung der Volksmassen gegen den imperialistischen Krieg hervor, bildeten – z. B. in China – den historischen Scheitelpunkt eines langen Bürgerkrieges oder wurden durch die Auswirkungen langwährender Kolonialkriege beeinflußt. In diesem Sinne forderte Lenin 1914: „Die Umwandlung des gegenwärtigen imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg ist die einzig richtige proletarische Lösung.“⁵⁶ Diese Strategie ergab sich aus der Analyse des Imperialismus in der revolutionären Arbeiterbewegung. Die Zuspitzung der ökonomischen und politischen Widersprüche zwischen den führenden imperialistischen Staaten mußte – so lautete eine wesentliche Schlußfolgerung – den militärischen Konflikt um die Verteilung und Neuverteilung der Einflußsphären auslösen. Der imperialistische Krieg wurde als eine höhere Form der kapitalistischen Krise interpretiert, womit die zentrale Bestimmung der revolutionären Strategie und des proletarischen Internationalismus vorgegeben war: Die Arbeiterklasse hatte den Kampf gegen den imperialistischen Krieg mit dem Kampf gegen die sozialen und politischen Kräfte des Imperialismus im eigenen Lande zu verbinden.

Seit dem Ende des zweiten Weltkrieges hat sich mit der Entwicklung und Festigung eines sozialistischen Staatensystems eine entscheidende Wandlung vollzogen. Seine Macht erweist sich als Faktor, der unmittelbar auf die internationalen Beziehungen einwirkt: Jedwede offen-militärische Aggression gegenüber dem sozialistischen Staatensystem würde eine Eskalation der Selbstvernichtung auslösen. Diese veränderte internationale Kräftekonstellation muß aber die Beziehungen zwischen den imperialistischen Staaten selbst tangieren; denn die Zuspitzung der Konkurrenzverhältnisse und Interessengegensätze zwischen ihnen bis zur Anwendung militärischer Gewalt müßte angesichts der Konsolidierung der sozialistischen Staaten wie des Fortschritts der antiimperialistischen Befreiungsbewegungen die innere und äußere Labilität des Imperialismus beträchtlich erhöhen.

Dieser doppelte Zwang also, der sowohl in der Anerkennung der Koexistenzpolitik wie in der Integrationspolitik konkret erscheint, indiziert noch die gewandelten Bedingungen, die gegenwärtig die Voraussetzung für die strategischen Erörterungen in den kommunistischen Parteien Westeuropas bilden. Diese begreifen den Kampf für die Festigung der Politik des Friedens, der Si-

cherheit, der Zusammenarbeit und des sozialen Fortschritts⁵⁷ als konstitutiven Bestandteil ihrer internationalen und nationalen Politik, die gerade nicht die objektive Notwendigkeit des Krieges und des Bürgerkrieges zum strategischen Angelpunkt erhebt. Ausdrücklich hebt z. B. die Kommunistische Partei Spaniens hervor, daß mit der Festigung der Politik der friedlichen Koexistenz zugleich die „nationalen Formen“ des Kampfes für den Sozialismus deutlicher hervortreten⁵⁸. Allerdings sollte nicht außer acht gelassen werden, daß die Politik der friedlichen Koexistenz kein „Naturphänomen“ in den internationalen Beziehungen und in der Systemauseinandersetzung bildet, sondern ständig in der harten nationalen und internationalen Klassenaueinandersetzung gegen die Gegner des Entspannungsprozesses durchgesetzt werden muß.

2. Bislang hat sich der Sozialismus in der Regel nur in Gesellschaften durchsetzen können, in denen ein relativ geringer Grad der Produktivkraftentwicklung erreicht war. Fast alle bisher erfolgreichen sozialistischen Revolutionen standen daher zunächst vor der Aufgabe, die Industrialisierung des Landes und ihre infrastrukturellen Voraussetzungen voranzutreiben, um auf diese Weise das Massenelend zu beseitigen. In den hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften geht es hingegen darum, angesichts der Krise des Systems eine Strategie zu entwickeln und im Massenbewußtsein zu verankern, die den Sozialismus als realistisches Programm der Überwindung der kapitalistischen Krise, der qualitativen Erweiterung der Bedürfnisse und der Verbesserung der materiellen, politischen und kulturellen Lebensbedingungen der gesellschaftlichen Produzenten zu begründen vermag. Historische Bedeutung und demonstrativer Effekt des realen Sozialismus liegen auch darin, daß er in seiner bisherigen Entwicklung eine Einsicht des wissenschaftlichen Sozialismus bestätigte: daß nämlich eine Gesellschaft ohne die Existenz des Privateigentums an Produktionsmitteln, durch die Aufhebung des Warencharakters der Arbeitskraft, als bewußt geplanter gesellschaftlicher Prozeß ökonomisch zu existieren und zu prosperieren vermag, daß er die gesellschaftlichen Bedürfnisse der Produzenten umfassender befriedigt. Gleichwohl stellt sich in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern nicht das akute Problem einer nachholenden, sozialistischen Industrialisierung, sondern einer sozialistischen Transformation auf einem hohen Niveau der Produktivkraftentwicklung.

3. Der Sozialismus hat bisher fast ausnahmslos in Ländern gesiegt, in denen – entsprechend der relativen Rückständigkeit der Produktivkraftentwicklung – die Arbeiterklasse die politisch führende, aber sozialökonomisch keineswegs die dominante Kraft gewesen ist. Entscheidend für den Erfolg der Revolution war dabei stets das Bündnis der Arbeiterklasse mit den Massen der Landbevölkerung, der Landarbeiter und verarmten Bauernschaft, – ein strategisches Problem, mit dem auch die revolutionäre Arbeiterbewegung in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern konfrontiert war. Heute verlangen die Veränderungen der Klassen- und Sozialstruktur des modernen Kapitalismus neue Überlegungen: Obwohl die Frage des Bündnisses von Arbeiterklasse und Bauernschaft nicht historisch überholt ist, stellt sie nur noch eine von vielen Fragen der Bündnispolitik dar. Der Anteil der in der Landwirtschaft tätigen Erwerbsbevölkerung ist in allen hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften beträchtlich gesunken; der der Lohnabhängigen in der industriellen Produktion

und im Dienstleistungssektor stieg auf 80 bis 85 Prozent der Erwerbstätigen an, wozu auch der Erosionsprozeß der Mittelschichten beitrug.

Die Bündnisproblematik ist also heute in erster Linie zu einer Frage eines politischen und sozialen Blocks geworden, der neben der Arbeiterklasse – als der führenden politisch-sozialen Kraft – Teile der Bauernschaft und der Mittelklassen und vor allem Schichten der lohnabhängigen Mehrheit der Bevölkerung umfaßt⁵⁹. Dazu gehören neue Schichten der Kader, der Techniker und der Intelligenz, die in Lohnempfänger verwandelt werden und ihre Privilegien verlieren⁶⁰. Diese neue Situation, die eine neue Form der sozialen Polarisierung zwischen „Monopolbourgeoisie“ und „Volk“ impliziert, veranlaßt die KP Spaniens zu der These, „daß die alte Formel des Bündnisses der Arbeiter und Bauern nicht mehr der Zusammensetzung des Blocks sozialer Kräfte gerecht wird, denen die Rolle zukommt, Motor der sozialistischen Revolution zu sein. Daher hat sie die These vom Bündnis der Kräfte der Arbeit und der Kultur ausgearbeitet, die erstere voraussetzt und die neue Kraft der Intellektuellen miteinschließt“⁶¹. Allerdings bedeutet dies nicht, daß – wie in der Block-Konzeption Garaudys⁶² – die Arbeiterklasse ihre führende Rolle im revolutionären Prozeß verloren hätte: „Es gibt die Arbeiterklasse und es gibt andere soziale, antimonopolistische Schichten; sie verbinden sich für einen langen Zeitraum, um den Staat zu regieren, während einer langen, sehr langen Periode. Aber, im Mittelpunkt dieses Bündnisses spielt die Arbeiterklasse weiterhin eine führende Rolle – ganz im Gegensatz zu der These von Garaudy...“⁶³

4. Die strategischen Grundfragen der heutigen Arbeiterbewegung können nicht aus dem historischen Zusammenhang des Kampfes um Sicherung und Erweiterung demokratischer Rechte und Institutionen herausgelöst werden – ein Kampf, der seinen ersten Höhepunkt im Widerstand der Kommunisten gegen die faschistische Diktatur erreichte, die ja nicht nur gegen die Arbeiterbewegung, sondern zugleich gegen das System der bürgerlichen Freiheiten und Institutionen gerichtet war. Diese Kampferfahrungen haben die Neubestimmung des Demokratie- und Freiheitsbegriffs beeinflusst. Die „Dialektik der Aufklärung“ besteht im Umschlag des ursprünglich bürgerlich-revolutionären Anspruchs, eine vernünftige Gesellschaft zu schaffen, die nach den Prinzipien „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ eingerichtet ist, in die Legitimation der bornierten Klassenherrschaft einer Minderheit, die angesichts der Existenz einer starken klassenbewußten Arbeiterbewegung zu Formen politischer Herrschaft tendiert, die auch die bürgerlichen Freiheiten beschränken bzw. ausschalten. Erst der Kampf der Arbeiterbewegung gegen diese Tendenz hat

„der Bourgeoisie die Fahne der Freiheit (entrissen), die sie immer noch hochhält, um die tiefe Ungerechtigkeit ihrer Herrschaft zu verdecken“⁶⁴. „Wir (verwahren) uns energisch dagegen, die Existenz der Freiheiten der Bourgeoisie zugute zu schreiben. Gewiß hat die französische Bourgeoisie, als sie vor bald 200 Jahren in unserem Lande an die Macht kam, einige der demokratischen Prinzipien eingeführt, die von ihren Philosophen vertreten wurden. Aber sie hat schnell und seit langem schon die Aussage und die Anwendung dieser Prinzipien eingeschränkt auf das, was ihrer Natur und ihren Bedürfnissen als ausbeutende Klasse entspricht. In Wahrheit gibt es nicht eine Freiheit in Frankreich, die nicht mit dem Leiden, dem Kampf und manchmal dem Blut unseres Volkes errungen worden wäre ...“

Die Kommunisten setzen das Werk all der Arbeiter, Bauern, Intellektuellen, einfachen Bürger und Staatsmänner fort, die in unserem Lande für die Freiheit gekämpft haben, und sie haben den Ehrgeiz, diese Aufgabe immer besser zu erfüllen⁶³.

Der „Drang nach Reaktion und Gewalt“ – von Lenin als typisches Merkmal des monopolistischen Kapitalismus bezeichnet – wird daher zum wichtigen strategischen Bezugspunkt für die Rolle des demokratischen Kampfes. Die Bedeutung des Kampfes um Erhaltung und qualitative Erweiterung der Freiheiten ist nicht nur als akkumulierte Erfahrung eines geschichtlichen Prozesses zu fassen, in dem die Arbeiterklasse zum Träger des frühbürgerlichen Fortschritts- und Vernunftsgedankens geworden ist – und diesen Gedanken „vom Kopf auf die Füße“ gestellt hat. Vielmehr gründet sich die hervorragende Bedeutung dieser Strategie in der Gegenwart auf die besonderen Herrschaftsmechanismen, die sich im staatsmonopolistischen Kapitalismus herausbilden. Indem nämlich dem bürgerlichen Staat Funktionen übertragen werden, die durch den „stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse“ nicht mehr gewährleistet werden können, tritt der Widerspruch zwischen seiner Funktion und seiner Form, dem bürgerlich-parlamentarischen Repräsentativsystem, zutage. Die Zentralisierung politischer Macht, die aus den inneren Widersprüchen des Reproduktionsprozesses und der Monopolisierung entspringt, widerspricht zunehmend den Funktionsbedingungen des bürgerlich-parlamentarischen Systems. Namentlich in politischen und ökonomischen Krisenperioden und in Phasen des Aufschwungs der Klassenauseinandersetzungen orientieren sich daher die Stabilisierungsstrategien des Kapitals auf die autoritäre Lösungsform dieses Widerspruchs. Auch die formell-institutionellen Möglichkeiten einer demokratischen Kontrolle müssen beseitigt werden, um die Staatsgewalt im Sinne der Herrschaftssicherung zu nutzen. Demgegenüber ist eine demokratische Massenbewegung, die sich um eine starke und klassenbewußte Arbeiterbewegung gruppiert, die entscheidende Bedingung dafür, daß sich autoritäre Lösungsformen des Widerspruchs zwischen Form und Funktion des bürgerlichen Staates nicht durchzusetzen vermögen. Insofern handelt es sich beim Kampf der Kommunisten für Demokratie und Freiheit nicht um eine taktische, sondern um eine prinzipielle strategische Bestimmung.

5. Die strategischen Positionen der Arbeiterbewegung werden auch durch die Veränderungen beeinflußt, die sich seit der Oktoberrevolution 1917 und der Herausbildung eines Systems sozialistischer Staaten nach 1945 durchgesetzt haben. Dieser Zusammenhang resultiert nicht nur aus der Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses von Kapitalismus und Sozialismus, aus der Anerkennung der Politik der friedlichen Koexistenz. Vielmehr wirken Verfassung und Entwicklung des realen Sozialismus als konkreter Bezugspunkt, der nicht nur in ständigem Zusammenhang mit perspektivischen Zielen der kommunistischen Bewegung, sondern auch mit der Bewertung einer solchen Politik im Massenbewußtsein steht. Dieser Zusammenhang kann sich heute nicht mehr an Maßstäben orientieren, die in den Beziehungen der kommunistischen Parteien unmittelbar nach der Oktoberrevolution und zur Zeit der Kommunistischen Internationale (KI) vorherrschten; denn die Existenzfähigkeit des realen Sozialismus wird heute nicht mehr durch innere Widersprüche und äußere Bedrohung substantiell gefährdet. Hierin liegt auch die „Bei-

spiel“-Wirkung des realen Sozialismus für die Arbeiterbewegung in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern: Die Oktoberrevolution – so Berlinguer – „hat der gesamten Menschheit einen völlig neuen Weg eröffnet“⁶⁶ und die wirtschaftlichen und sozialen Erfolge des realen Sozialismus sind „als ein wichtiger Beitrag für den Kampf der italienischen Arbeiterklasse und des gesamten italienischen werktätigen Volkes (zu) betrachten.“⁶⁷ Ähnlich Marchais: „Die Existenz und die Entwicklung der sozialistischen Länder gehören zu den schlagkräftigsten Beweisen für die Rechtmäßigkeit und die Überlegenheit des Sozialismus.“⁶⁸

Auf der anderen Seite impliziert die „selbständige Beurteilung der Realität der UdSSR und der sozialistischen Länder“ die kritische Auseinandersetzung mit den Problemen ihrer Entwicklung zum Kommunismus. Die Überwindung ihrer relativen ökonomischen Rückständigkeit wirft strategische Fragen auf, deren Bedeutung nicht mehr lediglich auf nationale bzw. regionale Besonderheiten des Weges zum Sozialismus eingegrenzt werden kann: „Die Notwendigkeit der Entwicklung der Demokratie und der Freiheiten im Sozialismus ist ein Problem, das sowohl uns als auch die anderen (i. e. die Kommunisten der sozialistischen Länder, d. V.) betrifft.“⁶⁹ Die Kritik der historischen Erfahrungen der sozialistischen Länder soll zeigen, „daß die Wege des Sozialismus und der Revolution im Verlauf der Geschichte sich ändern und daß sie die Theorie, auf der der Sozialismus gründet, bereichern.“⁷⁰ Die Vermittlung der „Beispiel“-Wirkung des realen Sozialismus und der kritischen Auseinandersetzung mit seiner Geschichte wie seinen aktuellen Entwicklungsbedingungen bildet daher heute ein wesentliches Element des strategisch-ideologischen Selbstverständnisses der Teile der westeuropäischen Arbeiterbewegung, die das Schlagwort vom „Eurokommunismus“ zur Charakterisierung ihrer Positionen weitgehend akzeptiert haben.

Unsere bisherigen Überlegungen bestätigen, daß der Kampf um „antimonopolistische Reformen“ sowie um die „antimonopolistische Demokratie“ keine taktische, situationsgebundene Konzeption ist und daß es „nicht richtig“ wäre, „die Notwendigkeit einer solchen Aufgabenstellung nur mit dem gegenwärtigen Stand des Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse zu begründen.“⁷¹ Vielmehr werden im Zusammenhang dieser Strategie zahlreiche Fragen aufgeworfen, die eine Neubestimmung von Grundproblemen der sozialistischen Strategie beinhalten. In den folgenden Abschnitten soll genauer untersucht werden, wie die Konzeption der „Transformation des bürgerlichen Staates“ begründet ist. Wir gehen zunächst zu der Bewertung des Stellenwertes der „politischen Machtergreifung“ durch Marx, Engels und Lenin zurück. Obwohl ein solcher Exkurs fragmentarisch bleiben muß, erscheint er dennoch notwendig; denn wesentlicher Inhalt der heutigen strategischen Diskussion bleiben unbegriffen oder verfälscht, wenn sie aus dem Zusammenhang der marxistischen Revolutionstheorie herausgenommen werden.

4. Exkurs 1: Die Auffassungen von Marx und Engels über die „politische Machtergreifung“

Die Entwicklung der Auffassungen von Marx und Engels zur Frage der politischen Machtübernahme durch die Arbeiterklasse kann nicht von den politisch-praktischen Klassenaueinandersetzungen getrennt werden, bei denen

die Arbeiterklasse eine aktive Rolle spielte. Die bürgerlich-demokratischen Revolutionen aus der Zeit nach 1848 und der Pariser Kommune von 1871 sind entscheidende historische Ereignisse im Entwicklungsprozeß der internationalen Arbeiterbewegung, an denen sich die theoretische Diskussion zur Frage der politischen Machtübernahme orientierte. Dabei unterscheiden wir drei Etappen⁷²: 1. Die Phase bis zum Vorabend der europäischen bürgerlich-demokratischen Revolutionen von 1848/49; 2. die Phase bis zum Vorabend der Pariser Kommune; 3. die Zeit nach der Pariser Kommune. Erst beim Übergang zur dritten Phase gingen Marx und Engels intensiv auf die Frage der Übernahme der Staatsmacht ein und entwickelten präzise Bestimmungen. Besonders wird zu klären sein, was sie unter der „Diktatur des Proletariats“ verstanden haben – vor allem deshalb, weil bürgerliche und revisionistische Interpreten des Marxismus darum bemüht sind, diesen Begriff, bezogen auf das Gesamtsystem des wissenschaftlichen Sozialismus, zu relativieren⁷³.

Marx und Engels haben von 1845 bis 1847 den Begründungszusammenhang für die Notwendigkeit der politischen Machtergreifung durch die Arbeiterklasse entfaltet. Ihre Position läßt sich wie folgt zusammenfassen: Der bisherige Staat existiert als besondere und verselbständigte politische Form, er ist stets Klassenstaat der Bourgeoisie. Der Übergang von der bürgerlichen Gesellschaft in die nächsthöhere Gesellschaftsformation ist u. a. dadurch gekennzeichnet, daß sich innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise keine sozialistischen Produktionsverhältnisse herausbilden können⁷⁴.

In der „deutschen Ideologie“ beschäftigen sich Marx und Engels intensiv mit der Teilung der Arbeit, als deren Ausdruck sie den Widerspruch zwischen dem Interesse des einzelnen Individuums und dem gemeinschaftlichen Interesse aller Individuen begreifen. Die gemeinschaftlichen Interessen werden durch die reale „gegenseitige Abhängigkeit der Individuen, unter denen die Arbeit geteilt ist“⁷⁵, konstituiert. Aus diesem Widerspruch zwischen besonderem und allgemeinem Interesse „nimmt das gemeinschaftliche Interesse als Staat eine selbständige Gestaltung, getrennt von den wirklichen Einzel- und Gesamtinteressen, an“⁷⁶. Doch existiert er nur „als illusorische Gemeinschaftlichkeit“. Die illusorische Form der Gemeinschaftlichkeit erscheint den Individuen „als ein ihnen ‚fremdes‘ und von ihnen ‚unabhängiges‘, als ein selbst wieder besonderes und eigentümliches ‚Allgemein-Interesse‘“⁷⁷; gegenüber den Individuen „verselbständigte“ sich diese „scheinbare Gemeinschaft“⁷⁸. Der Staat, so resümieren Marx und Engels, ist zu einer „besonderen Existenz neben und außer der bisherigen Gesellschaft geworden“⁷⁹. Diese Besonderung und Verselbständigung des Staates vollzieht sich auf der „realen Basis“ der bürgerlichen Klassenverhältnisse.

Durch den unmittelbaren Bezug auf die Klassenverhältnisse gelangen Marx und Engels zur Bestimmung des Staates als Klassenstaat. Die Anwendung der Produktivkräfte findet immer unter den „Bedingungen der Herrschaft einer bestimmten Klasse der Gesellschaft“ statt, die ihren Ausdruck in der „jedemaligen Staatsform“ findet⁸⁰. Jeder revolutionäre Kampf gegen eine Klasse richtet sich daher gleichzeitig gegen die alte Staatsform. Eine Revolution ist deshalb notwendig, weil die herrschende Klasse nur gestürzt werden kann, wenn ihr die politische Macht entrissen wird. „Die jetzigen bürgerlichen Eigentumsverhältnisse“, so Marx, werden aufrechterhalten „durch die Staatsmacht,

welche die Bourgeoisie zum Schutz ihrer Eigentumsverhältnisse organisiert hat⁸¹. Das Proletariat muß daher die „politische Gewalt ... stürzen“; die Proletarier müssen „selbst zur Gewalt, zunächst zur revolutionären Gewalt werden“.

Die erste Begründung der Notwendigkeit der politischen Machteroberung ergibt sich aus der Bestimmung des Staates als einem neben und außer der bürgerlichen Gesellschaft stehenden Organ; sie betrifft also schon die Frage nach der Rücknahme des Staates in die Gesellschaft, wurde allerdings in der Periode bis zu den europäischen bürgerlich-demokratischen Revolutionen von 1848/49 kaum präzisiert. Die Schlußfolgerung, die sich aus dem Klassencharakter des Staates ergibt, leitet stets die politischen Aussagen: Die bisher herrschende Kapitalistenklasse muß politisch und ökonomisch entmachtet werden. Schon in den frühen Schriften von Marx und Engels wird die Notwendigkeit der politischen Entmachtung der Bourgeoisie mit der Spezifik des Transformationsprozesses von der bürgerlichen in die sozialistische Gesellschaft begründet. Das Kapital als gesellschaftliches Produktionsverhältnis durchdringt und strukturiert sämtliche Arbeits- und Lebensbereiche der bürgerlichen Gesellschaft und bestimmt die menschlichen Beziehungen und Wertvorstellungen der bürgerlichen Individuen⁸². Der nationale Rahmen wird gesprengt, die Bourgeoisie „hat durch ihre Exploitation des Weltmarktes die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet“⁸³. Das Kapital stellt also die alles beherrschende ökonomische Macht der bürgerlichen Gesellschaft dar. Die kapitalistische Produktion drängt auf ihre Universalisierung, d. h. sämtliche gesellschaftlichen Bereiche werden – wenn auch unterschiedlich – von ihrem Charakter und ihren Gesetzen berührt.

Noch unter den Bedingungen der feudalen Produktionsweise eignet sich die Bourgeoisie bestimmte Produktivkräfte an, treibt ihre Entwicklung voran – innerhalb der Feudalgesellschaft bilden sich also kapitalistische Produktionsverhältnisse heraus⁸⁴. Auf Basis dieser neuen Produktionsverhältnisse konnte sich die Bourgeoisie „im modernen Repräsentativstaat die ausschließliche politische Herrschaft“⁸⁵ erobern. Diese politische Herrschaft gestaltet sich nach Inhalt und Form zu einer Klassenherrschaft: „Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisieklasse verwaltet.“⁸⁶ Innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise können hingegen keine sozialistischen Produktionsverhältnisse heranreifen. Es ist unmöglich, daß die Arbeiterklasse in den „Poren“ der bürgerlichen Gesellschaft „Inseln“ sozialistischer Produktionsverhältnisse aufbaut und ausweitet und so allmählich in den Sozialismus hineinwächst; es entwickeln sich die Produktivkräfte und der kapitalistische Vergesellschaftungsprozeß als materielle Grundlage für die sozialistische Produktionsweise und darüber hinaus der subjektive Faktor, die revolutionäre Klasse, welche den Kapitalismus transformieren kann⁸⁷. Der erste Schritt für die Aneignung der Produktivkräfte durch das Proletariat besteht deshalb darin, daß es die politische Macht erobert: „Die Proletarier können sich die gesellschaftlichen Produktivkräfte nur erobern, indem sie ihre bisherige Aneignungsweise und damit die ganze bisherige Aneignungsweise abschaffen.“⁸⁸

Es ist nun genauer zu untersuchen, wie Marx und Engels diesen politischen Umwälzungsprozeß gesehen und welche Funktionen sie ihm zugesprochen ha-

ben. Zwei Schriften aus dem Jahre 1847 – die „Grundsätze des Kommunismus“ und das „Manifest der Kommunistischen Partei“ behandeln diese Frage relativ eingehend. In den „Grundsätzen“ betont Engels, daß der Entwicklungsgang der Revolution „vor allen Dingen eine demokratische Staatsverfassung und damit direkt oder indirekt die politische Herrschaft des Proletariats herstellen“⁸⁹ wird. Zugleich verweist er auf den Klassencharakter einer solchen Demokratie: „Die Demokratie würde dem Proletariat ganz nutzlos sein, wenn sie nicht sofort als Mittel zur Durchsetzung weiterer, direkt das Privateigentum angreifender und die Existenz des Proletariats sicherstellender Maßnahmen benutzt würde.“⁹⁰ Der Demokratie werden also zwei Funktionen zugesprochen: Die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln und die Sicherung und Ausweitung der Klassenherrschaft. Engels faßt somit die „demokratische Staatsverfassung“ als Form, die mit einer proletarischen Klassenpolitik auszufüllen ist. Diese Form muß einschränkende Maßnahmen treffen, sobald sich gesellschaftliche Kräfte gegen die Verwirklichung dieser Klassenpolitik stellen.

Im „Manifest“ wird der bürgerliche Staat vor allem als ein Ausschuß begriffen, der die „gemeinschaftlichen Geschäfte“ der Bourgeoisie verwaltet bzw. regelt. Unter diesen Bedingungen, so Marx und Engels, ergibt sich die „Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat“⁹¹ als der nächste Zweck der Kommunisten⁹². Der erste Schritt der „Arbeiterrevolution“ ist also „die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erämpfung der Demokratie“⁹³. Das als herrschende Klasse organisierte Proletariat findet seinen Ausdruck im Staat⁹⁴ und muß drei wesentliche Aufgaben lösen: 1. der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen; 2. alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates zu zentralisieren; 3. die Massen der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren.

Der Kern der politischen Herrschaft besteht demnach darin, daß ökonomische Bedingungen geschaffen werden, um den Aufbau der neuen sozialistischen Produktionsverhältnisse zu sichern⁹⁵. Alle Funktionen der politischen Herrschaft sind letztlich auf den Inhalt und auf die Form der neu zu gestalteten Produktions- und Verkehrsverhältnisse bezogen. Die politische Machteroberung durch das Proletariat ist also auf keinen Fall ein historisches Ereignis, das lediglich die vorhandenen politischen Bedingungen der bürgerlichen Gesellschaft aufheben will. Vielmehr ist die Machteroberung als ein Akt zu verstehen, der die überlebten Verhältnisse zerstört, damit neue, historisch-progressive ökonomische Verhältnisse errichtet werden können. Hierauf beziehen sich alle Funktions- und Aufgabenbestimmungen des neuen, des proletarischen Klassenstaates.

Bei der Analyse der zweiten Phase in der Entwicklung der Auffassungen von Marx und Engels über die politische Machtübernahme betrachten wir zunächst eine „Erklärung“ des Jahres 1850⁹⁶. Gegenüber einer bürgerlichen Zeitung wird richtiggestellt, daß zwischen den Aussagen über die „Herrschaft und die Diktatur der Arbeiterklasse“ und der „Abschaffung der Klassenunterschiede überhaupt“ kein Widerspruch besteht. Weiterhin machen Marx und Engels darauf aufmerksam, daß sie diese Position in den Arbeiten „Elend der Philosophie“, „Manifest der Kommunistischen Partei“ und „Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850“ vertreten haben. Sie betonen also die Kontinuität

ihrer theoretischen Überlegungen, insbesondere den Zusammenhang zwischen der „Diktatur des Proletariats“ und der „Notwendigkeit der politischen Machtübernahme“.

In „Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850“ spricht Marx zum ersten Male von der „Diktatur des Proletariats“. Er verweist auf die Juni-Insurrektion, in der die revolutionäre Kampfparole „Sturz der Bourgeoisie! Diktatur der Arbeiterklasse!“ entwickelt worden war⁹⁷. Es handelt sich also um eine einprägsame, aus der Klassenbewegung selbst hervorgegangene Parole, die auf die Notwendigkeit der politischen Machtergreifung verweist⁹⁸. Zugleich reflektiert der Diktatur-Begriff eine Bewertung des existierenden bürgerlichen Staates. Die „Diktatur des Proletariats“ soll die Diktatur der Bourgeoisie ersetzen, eine Klassenherrschaft durch eine andere abgelöst werden. Aus dem Verlauf der Juni-Insurrektion kann geschlossen werden, daß die Forderung nach der „Diktatur der Arbeiterklasse“ die „terroristischen“ Elemente relativ stark akzentuiert hat⁹⁹, ohne daß dies das wesentliche Moment der „Diktatur des Proletariats“ wäre. Indem das Proletariat die Machtfrage stellte, wurde die bürgerliche Republik gezwungen, „in ihrer reinen Gestalt herauszutreten als der Staat, dessen eingestandener Zweck ist, die Herrschaft des Kapitals, die Sklaverei zu verewigen.“¹⁰⁰

Zu dieser Zeit, als Marx und Engels zwischen der „Diktatur des Proletariats“ und der „Notwendigkeit der politischen Machteroberung“ noch keine Unterschiede sehen, charakterisiert Marx gegen den „doktrinären Sozialismus“ den „revolutionären Sozialismus“ so: „Dieser Sozialismus ist die *Permanenzklärung der Revolution*, die *Klassendiktatur* des Proletariats als notwendiger Durchgangspunkt zur *Abschaffung der Klassenunterschiede überhaupt*, zur Abschaffung sämtlicher Produktionsverhältnisse, worauf sie beruhen, zur Abschaffung sämtlicher gesellschaftlicher Beziehungen, die diesen Produktionsverhältnissen entsprechen, zur Umwälzung sämtlicher Ideen, die aus diesen gesellschaftlichen Beziehungen hervorgehen.“¹⁰¹ Diese Vorstellung von der „Permanenz der Revolution“¹⁰², die Marx und Engels in der „Ansprache der Zentralbehörde an den Bund vom März 1850“ wieder aufgreifen, beinhaltet die Einsicht, daß nach der politischen Machteroberung durch die Arbeiterklasse die Klassenauseinandersetzungen mit der vormals herrschenden Klasse nicht abgeschlossen bzw. aufgehoben sind.

In der zweiten „Frankreich-Schrift“, „Der 18. Brumaire“, geht Marx ausführlicher auf Wesen und Entwicklung der „Staatsmaschinerie“ ein¹⁰³, deren Genese sich bis zur absoluten Monarchie zurückverfolgen läßt. In ihrem Zentrum steht die Exekutivgewalt mit bürokratischer und militärischer Organisation: vor allem Beamtenheer und Armee. Die parlamentarische Republik verstärkte diese bürokratischen Elemente der Regierungsgewalt: „Alle Umwälzungen vervollkommneten diese Maschine statt sie zu brechen. Die Parteien, die abwechselnd um die Macht rangen, betrachteten die Besitznahme dieses ungeheuren Staatsgebäudes als die Hauptbeute des Sieges.“¹⁰⁴ Marx spricht hier noch sehr allgemein über die Brechung der Staatsmaschinerie, ohne sich ausdrücklich auf die *proletarische Revolution* zu beziehen¹⁰⁵.

Im Zusammenhang mit dem „Diktatur“-Begriff und den noch unscharfen Bestimmungen über das „Zerbrechen“ der Staatsmacht geht Marx auf die Besonderung und Verselbständigung der Staatstätigkeit ein: „Jedes *gemeinsame*

Interesse wurde sofort von der Gesellschaft losgelöst, als höheres, *allgemeines* Interesse ihr gegenübergestellt, der Selbständigkeit der Gesellschaftsglieder entrissen und zum Gegenstand der Regierungstätigkeit gemacht, von der Brücke, dem Schulhaus und dem Kommunalvermögen einer Dorfgemeinde bis hin zu den Eisenbahnen, dem Nationalvermögen und der Landesuniversität Frankreichs.¹⁰⁶ Hier wird aber diese Staatsbestimmung noch nicht mit einem Revolutionskonzept verbunden, nach dem die politische Machteroberung die Perspektive der Zurücknahme des Staates in die Gesellschaft einleitet.

Marx und Engels entwickelten also schon vor 1847 einen wichtigen Begründungszusammenhang für die Notwendigkeit der politischen Machtergreifung, indem sie die Unmöglichkeit der Herausbildung von sozialistischen Produktionsverhältnissen innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise nachwiesen. In der Zeit bis zur Pariser Kommune wird diese Auffassung durch die Analyse der historisch progressiven Seiten wie der Grenzen der Kooperativbewegung präzisiert¹⁰⁷: Diese kann nur kurzfristig und in gesellschaftlichen Teilbereichen bestehen. Um die Lohnabhängigen zu befreien, „bedarf das kooperative System der Entwicklung auf nationaler Stufenleiter und der Förderung durch nationale Mittel. Aber die Herren von Grund und Boden und die Herren von Kapital werden ihre politischen Privilegien stets gebrauchen zur Verteidigung und zur Verewigung ihrer ökonomischen Monopole. Statt die Emanzipation der Arbeit zu fördern, werden sie fortfahren, ihr jedes mögliche Hindernis in den Weg zu legen.“¹⁰⁸ „Politische Macht zu erobern“, so faßt Marx knapp zusammen, „ist daher jetzt die große Pflicht der Arbeiterklassen.“

In der *dritten* Phase schließlich wird die Pariser Kommune zum Bezugspunkt der Aussagen von Marx und Engels über die Notwendigkeit der politischen Machtübernahme. Im Übergang von der kapitalistischen zur kommunistischen Gesellschaft, so präzisiert Marx 1875, kann der Staat nichts anderes sein „als die *revolutionäre Diktatur des Proletariats*.“¹⁰⁹ In der Pariser Kommune habe sich gezeigt, daß „die Arbeiterklasse ... nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und diese für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen“¹¹⁰ kann, sondern sie muß die Repressionsorgane der bürgerlichen Staatsmaschinerie zerschlagen. Zunächst geht Marx auf die historische Entwicklung der „Staatsmaschinerie“ ein. „Die zentralisierte Staatsmacht mit ihren allgegenwärtigen Organen – stehende Armee, Polizei, Bürokratie, Geistlichkeit, Richterstand, Organe, geschaffen nach dem Plan einer systematischen und hierarchischen Teilung der Arbeit – stammt her aus den Zeiten der absoluten Monarchie, wo sie der entstehenden Bourgeois-Gesellschaft als eine mächtige Waffe in ihren Kämpfen gegen den Feudalismus diente.“¹¹¹ Hieraus entwickelte sich die zentralisierte Staatsmacht zum Repressionsorgan gegen das Proletariat: „In dem Maße, wie der Fortschritt der modernen Industrie den Klassengegensatz zwischen Kapital und Arbeit entwickelte, vertiefte, in demselben Maß erhielt die Staatsmacht mehr und mehr den Charakter einer öffentlichen Gewalt zur Unterdrückung der Arbeiterklasse, einer Maschine der Klassenherrschaft. Nach jeder Revolution, die einen Fortschritt des Klassenkampfes bezeichnet, tritt der rein unterdrückende Charakter der Staatsmacht offener und offener hervor.“ Daher fordert Marx, daß die politische Machtübernahme mit dem Zerschlagen der bürgerlichen Staatsmaschinerie verbunden sein muß.

Die Pariser Kommune war für Marx eine „durch und durch ausdehnungsfähige politische Form . . . , während alle früheren Regierungsformen unterdrückend gewesen waren.“¹¹² Gleichwohl wird gefragt, welche Funktionen des bürgerlichen Staates auch für die Herrschafts- und Reproduktionsaufgaben der Kommune Bedeutung haben. „Während es galt, die bloß unterdrückenden Organe der alten Regierungsmacht abzuschneiden, sollten ihre berechtigten Funktionen einer Gewalt, die über der Gesellschaft zu stehen beanspruchte, entrissen und von den verantwortlichen Dienern der Gesellschaft zurückgegeben werden.“¹¹³ Damit wird das Problem der Zurücknahme des Staates in die Gesellschaft thematisiert; denn: Die bürgerliche Staatsmaschinerie muß als Voraussetzung für eine Entwicklung zerstört werden, die auf die Beseitigung der Verselbständigung der bürgerlichen politischen Form abzielt. Diese Zurücknahme des Staates in die Gesellschaft trägt demokratischen Charakter, da nunmehr der objektiven Voraussetzung nach alle Gesellschaftsmitglieder an der Planung und Leitung des gesellschaftlichen Geschehens teilhaben können. Mit der Kommune wurden also erste Schritte unternommen, die darauf abzielten, den Staat als gesellschaftliches Organ zu errichten, d. h. der Staat wurde als Instanz geschaffen, die umfassend den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß zu gewährleisten hatte. „Erstens besetzte sie alle Stellen, verwaltende, richtende, lehrende, durch Wahl nach allgemeinem Stimmrecht der Beteiligten, und zwar auf jederzeitigen Widerruf durch dieselben Beteiligten. Und zweitens zahlte sie für alle Dienste, hohe wie niedrige, nur den Lohn, den andere Arbeiter empfangen. Das höchste Gehalt, das sie überhaupt zahlte, war 6000 Franken. Damit war der Stellenjägerei und dem Strebertum ein sicherer Riegel vorgeschoben, auch ohne die gebundenen Mandate bei Delegierten zu Vertretungskörpern, die noch zum Überfluß hinzugefügt wurden.“¹¹⁴

Auch dort, wo Marx auf die Reproduktionsfunktion des Staates eingeht, konzentriert er sich wesentlich auf die Zurücknahme des Staates in die Gesellschaft. „Eine der Absurditäten besteht darin, zu behaupten, daß die zentralen Funktionen – nicht die Funktionen der Regierungsgewalt über das Volk, sondern die Funktionen, die durch die lebenswichtigen und allgemeinen Bedürfnisse des Landes erforderlich werden – unmöglich würden. Diese Funktionen würden bestehen, aber die Beamten selbst könnten sich nicht, wie in der alten Regierungsmaschinerie, über die wirkliche Gesellschaft erheben, weil diese Funktionen von *kommunalen Beamten* und daher stets unter wirklicher Kontrolle auszuführen wären.“¹¹⁵ Indem Marx die „wirkliche Kontrolle“ hervorhebt, stellt er die Auflösung der verselbständigten politischen Formen in den Vordergrund – daher betrachtet er die Kommune als „die Zurücknahme der Staatsgewalt durch die Gesellschaft als ihre eigene lebendige Macht.“¹¹⁶ Während also bis zur Pariser Kommune die politische Machtübernahme wesentlich negativ als politische Entmachtung der Bourgeoisie begriffen worden war, tritt nach dem historisch ersten Versuch einer sozialistischen Revolution die konstruktive, zukunftsweisende Aufgabe der Zurücknahme des Staates in die Gesellschaft als zentrale Aufgabe der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse in den Mittelpunkt des Interesses.

Diese Aufgabe kann nur gelöst werden, wenn die politische Herrschaft als Klassenherrschaft gegen die ehemals herrschende Klasse gerichtet ist¹¹⁷. Sie ist, so formuliert später W. I. Lenin, notwendig, „um den Widerstand der

Bourgeoisie zu brechen, ... um den Reaktionären Schrecken einzulößen, ... um die Autorität des bewaffneten Volkes gegenüber der Bourgeoisie zu behaupten“ und schließlich ist sie notwendig, damit „das Proletariat seine Gegner gewaltsam niederhalten kann.“¹¹⁸ Solange die Arbeiterklasse den Staat „noch gebraucht“, gebraucht sie „ihn nicht im Interesse der Freiheit, sondern der Niederhaltung seiner Gegner, und sobald von Freiheit die Rede sein kann, hört der Staat als solcher auf zu bestehen.“¹¹⁹ Die Freiheitsproblematik wird also hier zunächst unter dem Gesichtspunkt der Klassenverhältnisse betrachtet. Engels hebt daher ausdrücklich hervor, daß die proletarische Klassenherrschaft bzw. die „Diktatur des Proletariats“ ausschließlich als die Herrschaftsform der Klasse und nicht als Herrschaft einer kleinen Zahl von Personen zu verstehen ist¹²⁰. Diese Bestimmung schließt jedoch nicht aus, daß die Klassenherrschaft auf den verschiedensten Ebenen durch die bewußtesten und organisiertesten Klassenkräfte konkret ausgedrückt wird. Entscheidend ist, daß diese politische Herrschaft die objektiven Klasseninteressen ausdrückt bzw. eine adäquate konkret-historische Vermittlung von subjektiven Interessen und den perspektivischen Interessen der Zurücknahme des Staates in die Gesellschaft leistet, daß die politischen Führungsorgane einer Kontrolle unterliegen und gezielt und systematisch eine immer größere Anzahl der Werktätigen für eine Mitarbeit und Mitwirkung in den staatlichen und gesellschaftlichen Organen herangezogen bzw. qualifiziert wird.

Mit der politischen Machtübernahme durch die Arbeiterklasse sind also die Klassenauseinandersetzungen nicht abgeschlossen. „Die Kommune beseitigt nicht den Klassenkampf, durch den die arbeitenden Klassen die Abschaffung aller Klassen, und folglich aller (Klassenherrschaft) erreichen wollen ... , aber sie schafft das rationelle Zwischenstadium, in welchem dieser Klassenkampf seine verschiedenen Phasen auf rationellste und humanste Weise durchlaufen kann.“¹²¹ Mit der Ausfechtung des Klassenkampfes ist die Frage nach der Form der gesellschaftlichen Verhältnisse eng verbunden. Die äußerste Zuspitzung der Klassenauseinandersetzungen und das Herankommen an die politische Machtfrage wird sich, so Engels, „unter der Form der demokratischen Republik“¹²² abspielen. Die „demokratischen Formen“ stellen wie alle politischen Formen für das Proletariat die „Mittel“ für die Verwirklichung der Klassenpolitik¹²³. Diese Bestimmung gilt zugleich für die erreichte Klassenherrschaft. Nach Engels ist die Form der demokratischen Republik „sogar die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats.“¹²⁴ Aus dem Zusammenhang der Ausführungen wird aber deutlich, daß mit dieser „spezifische(n) Form“ wesentlich die „Volksvertretung“ gemeint ist, die es bereits in der bürgerlichen Gesellschaft gibt; in der sozialistischen Gesellschaft wird die Volksvertretung beibehalten, diese „spezifische Form“ wird jedoch mit den Inhalten der sozialistischen Klassenpolitik ausgefüllt, d. h. der formale Demokratismus wird durch den realen Demokratismus der werktätigen Massen ersetzt.

Fassen wir die Ergebnisse aus der Analyse der Konzeption von Marx und Engels zur „Diktatur des Proletariats“ zusammen. Der „Diktatur“-Begriff wird schon Anfang der fünfziger Jahre verwandt; aber erst die Pariser Kommune liefert das historische Material für eine präzisere Inhalts- und Funktionsbestimmung. Drei zentrale Bestimmungen charakterisieren die Vorstellung über die „Diktatur des Proletariats“. Zunächst wird die der Notwendigkeit der

politischen Machtübernahme, ohne die eine sozialistische Klassenpolitik nicht verwirklicht werden kann, mit dem Anspruch nach „Zerschlagung“ der bürgerlichen Staatsmaschinerie verbunden. Es soll aber nicht der gesamte bürgerliche Staatsapparat zerschlagen werden, sondern die „Staatsmaschinerie“ (stehendes Heer, Polizei, Bürokratie). Es handelt sich also um diejenigen Staatsorgane und -funktionen, die der herrschenden Klasse als Repressionsinstrumente gedient haben. Die zweite Bestimmung verweist auf den Übergangscharakter der proletarischen Klassenherrschaft, die auf die Niederhaltung des aktuellen und potentiellen Widerstandes der vormals herrschenden Klasse und auf die Errichtung der sozialistischen Produktionsverhältnisse ausgerichtet ist: Die Arbeiterklasse muß „zuerst die organisierte politische Gewalt des Staates in Besitz nehmen und mit ihrer Hilfe den Widerstand der Kapitalistenklasse niederstampfen und die Gesellschaft neu organisieren.“¹²⁵ Schließlich beinhaltet die Konzeption der „Diktatur des Proletariats“ die historische Aufgabe der Zurücknahme des Staates in die Gesellschaft, der Aufhebung der aus der bürgerlichen Gesellschaft hervorgegangenen Verselbständigung der politischen Form.

5. Exkurs 2: Die Auffassungen von Lenin über die „politische Machtergreifung“

Lenins theoretische und praktische Konzeption der sozialistischen Revolution knüpft unmittelbar an die Überlegungen von Marx und Engels zur politischen Machtübernahme der Arbeiterklasse und zur „Diktatur des Proletariats“ an¹²⁶. Diese bestimmte er als eine Übergangsperiode, in der die Aktivitäten und Bestrebungen der gegenrevolutionären Kräfte niederzuhalten sind¹²⁷. Mit der Etablierung der „Diktatur des Proletariats“ ist das „Zerbrechen“ der bürgerlichen Staatsmaschinerie verbunden, d. h. der Organe, die in der bürgerlichen Gesellschaft als Repressionsinstrumente gedient haben¹²⁸. Die Überwindung des Widerstandes der Bourgeoisie ist, systematisch und historisch, die erste Aufgabe des proletarischen Staates, aber:

„Neben diese Aufgabe tritt ebenso unvermeidlich – je weiter, desto mehr – die wesentlichere Aufgabe des positiven kommunistischen Aufbaus, der Schaffung neuer ökonomischer Beziehungen, der Errichtung einer neuen Gesellschaft. Die Diktatur des Proletariats ist ... nicht bloß Gewalt gegenüber den Ausbeutern und sogar nicht einmal hauptsächlich Gewalt. Die ökonomische Grundlage dieser revolutionären Gewalt, die Gewähr für ihre Lebensfähigkeit und ihren Erfolg besteht darin, daß das Proletariat einen im Vergleich zum Kapitalismus höheren Typ der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit repräsentiert und verwirklicht.“¹²⁹

Hierin sieht Lenin den „Kern“ der „Diktatur des Proletariats“. Waren Marx und Engels noch davon ausgegangen, daß die Arbeiterklasse im Prozeß der politischen Machtergreifung zugleich die Fähigkeit für den sozialistischen Aufbau erwerben muß, so stellt Lenin, bedingt durch die politischen und ideologischen Auswirkungen der weit verbreiteten einfachen Warenproduktion in Rußland, stärker die Erziehungsfunktion nach der politischen Machtergreifung in den Vordergrund: „Die Diktatur des Proletariats ist ein zäher Kampf, ein blutiger und unblutiger, militärischer und wirtschaftlicher, pädagogischer und administrativer Kampf gegen die Mächte und Traditionen der alten Gesellschaft. Die

Macht der Gewohnheit von Millionen und Abermillionen ist die fürchterlichste Macht.“¹³⁰

Wie Marx und Engels bestimmt Lenin die Diktatur des Proletariats als Prozeß, in dem die zentrale Aufgabe der Rücknahme des Staates in die Gesellschaft zu verwirklichen ist: „Wenn der Staat das Produkt der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze ist, wenn er eine über der Gesellschaft stehende und ‚sich ihr mehr und mehr entfremdende‘ Macht ist, so ist es klar, daß die Befreiung der unterdrückten Klasse unmöglich ist, nicht nur ohne gewaltsame Revolution, sondern auch ohne Vernichtung des von der herrschenden Klasse geschaffenen Apparates der Staatsgewalt, in dem sich diese ‚Entfremdung‘ verkörpert.“¹³¹ Die Auflösung der Verselbständigung der politischen Form beginnt mit dem „Zerbrechen“ der Staatsmaschinerie und wird durch die verwaltenden Maßnahmen unter den neuen ökonomischen Verhältnissen, unter Einschluß und Mitwirkung nahezu aller Werktätiger, ständig erweitert und vertieft.

Da Lenin in der Zeit vom März 1917 bis Mitte 1920 – durch die revolutionären Ereignisse in Rußland bedingt – das Problem der „Zerschlagung“ der bürgerlichen Staatsmaschinerie besonders intensiv behandelte, ist von seiner Revolutionstheorie oftmals nur dieser Aspekt zur Kenntnis genommen worden, nicht die aufbauende, positive Funktion, die er der Diktatur des Proletariats zuschreibt¹³². Lenin hat aber gerade mit seiner Konzeption der Übernahme von Organen und Regulierungsmethoden des bürgerlichen durch den proletarischen Staat die von Marx und Engels begründete „Zerschlagungs“-These weiterentwickelt. Dieser Aspekt seiner Staatstheorie wurde oft unzureichend rezipiert, weil die „Zerschlagung“ zunächst das Kernstück der revolutionären Strategie bildet. Bleibt die bürgerliche Staatsmaschinerie unangetastet, kann von einer politischen Machtübernahme durch die Arbeiterklasse nicht gesprochen werden, früher oder später erobert die bürgerliche Klasse ihre alten Machtpositionen zurück. Das war das Problem der russischen Revolution 1917: Die vorgefundene Staatsmaschinerie mußte zerstört werden, damit die bürgerliche und Adelsklasse vollends politisch besiegt würde und die Voraussetzungen für die Abwehr einer mächtigen Konterrevolution geschaffen wurden. Neue Machtorgane, die Sowjets, waren als Keimformen einer neuen sozialistischen Staatsform entstanden. Es galt, sie aus Gegenmachtpositionen zur bestehenden Staatsmaschinerie zu Formen zu entwickeln, die die bürgerlich-zaristischen Organe ablösten bzw. ersetzen. Das setzte die Zerschlagung der alten Staatsmaschinerie voraus. Nur so konnten auch die Proletarier und Halbproletarier an die Staatsverwaltung herangeführt werden und der neue Klassenstaat seine Funktion der Erziehung der werktätigen Massen übernehmen.

In der Arbeit „Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?“ (Anfang Oktober 1917) hat sich Lenin am ausführlichsten mit dem Problem beschäftigt, daß nicht nur die bürgerliche Staatsmaschinerie zerschlagen werden muß, sondern daß zugleich Organe, Institutionen und Verfahren des bestehenden Staates zu übernehmen sind. In der Auseinandersetzung mit Positionen, die die Möglichkeit der Machtübernahme durch die Bolschewiki bestreiten, entwickelt Lenin zunächst die Bestimmung des Staates als Repressionsorgan der herrschenden Klasse: „Unter Staatsapparat sind vor allem das stehende Heer, die Polizei und die Beamtschaft zu verstehen.“¹³³ Marx habe vor dem

Hintergrund der Erfahrungen der Pariser Kommune postuliert, „daß das Proletariat *nicht* die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und sich für seine eigenen Zwecke in Bewegung setzen *kann*, daß das Proletariat diese Maschinerie *zerbrechen* und durch eine neue ersetzen muß“¹³⁴. Das Proletariat muß „alles *zerschlagen*, was im alten Staatsapparat der Unterdrückung dient, alles, was es in ihm als Schablone, unverbesserlichem Bourgeois gibt, und an dessen Stelle *seinen eigenen*, neuen Apparat setzen“. Im Oktober 1917 war dieser Apparat in Rußland bereits in der Form der Sowjets, der Arbeiter-, Bauern- und Soldatendeputierten vorhanden.

Danach behandelt Lenin die reproduktiven und regulierenden Funktionen des Staates. Eine Hauptschwierigkeit der proletarischen Revolution sei die „Verwirklichung einer vom ganzen Volk getragenen genauesten und gewissenhaftesten Rechnungsführung und Kontrolle, der *Arbeiterkontrolle* über die Produktion und die Verteilung der Produkte“¹³⁵. Damit ist zugleich eine Hauptaufgabe bezeichnet, die die sozialistische Revolution und somit die „Diktatur des Proletariats“ zu bewältigen hat. Bestimmte Organe, Institutionen und Regulierungsmethoden des bürgerlichen Staates sind daher nicht zu zerschlagen, sondern müssen übernommen werden.

„Außer dem vorwiegend ‚unterdrückenden‘ Apparat des stehenden Heeres, der Polizei und der Beamtenschaft gibt es im modernen Staat einen Apparat, der besonders eng mit den Banken und Syndikaten verbunden ist, einen Apparat, der eine große Arbeit auf dem Gebiet der Rechnungsführung und Registrierung leistet, wenn man sich so ausdrücken darf. Dieser Apparat darf und soll nicht zerschlagen werden. Man muß ihn aus der Unterordnung unter die Kapitalisten befreien, muß ihn den Kapitalisten entreißen und alle Fäden ihres Einflusses *abschneiden, abschlagen, abhacken*, muß ihn den proletarischen Sowjets *unterordnen* und auf eine breitere, umfassendere Grundlage stellen, ihn mit dem ganzen Volk verbinden. Das *kann* geschehen, wenn man sich auf die vom Großkapitalismus schon hervorgebrachten Errungenschaften stützt (und überhaupt die proletarische Revolution ihr Ziel nur erreichen kann, wenn sie sich auf diese Errungenschaften stützt).“¹³⁶

Als Apparate der Rechnungsführung nennt Lenin Banken, Syndikate, Post, Konsumgesellschaften und Angestelltenverbände.

„Die Großbanken *sind* jener ‚Staatsapparat‘, den wir für die Verwirklichung des Sozialismus *brauchen* und den wir vom Kapitalismus *fertig übernehmen*, wobei unsere Aufgabe hier wesentlich darin besteht, das zu *entfernen*, was diesen ausgezeichneten Apparat *kapitalistisch verunstaltet*, ihn *noch größer*, noch demokratischer, noch umfassender zu gestalten. Quantität wird in Qualität umschlagen... Das bedeutet eine gesamtgesellschaftliche *Buchführung*, eine gesamtgesellschaftliche *Rechnungsführung* über die Produktion und die Verteilung der Produkte, das ist sozusagen eine Art Grippe der sozialistischen Gesellschaft. Diesen ‚Staatsapparat‘ (der im Kapitalismus nicht ganz ein staatlicher Apparat ist, der aber bei uns im Sozialismus, ganz staatlich sein wird) können wir *übernehmen* und mit einem Schlag, durch einen einzigen Erlass *in Gang setzen*, denn die tatsächliche Arbeit der Buchführung, der Kontrolle, der Registrierung, der Rechnungsführung und Berechnung leisten hier *Angestellte*, von denen die meisten selbst in proletarischen oder halbproletarischen Verhältnissen leben.“¹³⁷

Lenin bezieht sich hier auf Regulierungs- und Reproduktionsfunktionen des bürgerlichen Staates, die dem Vergesellschaftungsgrad der kapitalistischen Produktionsweise entsprechen. An ihn muß die sozialistische Gesellschaft anknüpfen, um ihn in nichtantagonistischer Form weiterzuentwickeln. Daher muß ein Teil der Staatsfunktionen der entfalteten kapitalistischen Produktionsweise – nunmehr allerdings den Interessen der werktätigen Massen untergeordnet – übernommen werden. Der Sozialismus soll diejenigen kapitalistischen Eigentumsverhältnisse beseitigen, die der ständigen Entwicklung der Produktivkräfte entgegenstehen. Zugleich beseitigt und modifiziert er diejenigen Überbaustrukturen, die sowohl als Ausdruck des Klassenantagonismus als auch des kapitalistischen Vergesellschaftungsprozesses entstanden sind. Die Entwicklung des Sozialismus ist daher nicht voraussetzungslos – sie knüpft an einen bestimmten Entwicklungsstand der Produktivkräfte sowie der Ausbildung eines staatlichen Regulierungs- und Reproduktionsapparates an, der nicht zu zerschlagen, sondern – im Interesse der Masse der Werktätigen – zu transformieren ist.

Der kapitalistische Vergesellschaftungsprozeß war zur Zeit der revolutionären Umwälzungen in Rußland noch kaum entfaltet; gleichwohl gab es gewisse Ansätze eines Staatsinterventionismus. Lenin hat sich intensiv – vor allem in der 1918 verfaßten Schrift „Über ‚linke‘ Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit“ – mit dem „Staatskapitalismus“ in Deutschland beschäftigt und ging dabei der Frage nach, welche Bedeutung diese Form der staatlichen Regulierung kapitalistischer Produktionsverhältnisse für den sozialistischen Aufbau und damit für Rußland einnehmen kann. In Deutschland existiert „das ‚letzte Wort‘ moderner großkapitalistischer Technik und planmäßiger Organisation, die dem *junkerlich-bürgerlichen Imperialismus unterstellt sind*.“¹³⁸ Der Staatskapitalismus und der Sozialismus haben u. a. „allgemeine Rechnungsführung und Kontrolle“ gemeinsam¹³⁹. Der Sozialismus kann ohne „großkapitalistische Technik, die nach dem letzten Wort modernster Wissenschaft aufgebaut ist, ohne planmäßige staatliche Organisation“¹⁴⁰ nicht bestehen. Daher fordert Lenin, „vom Staatskapitalismus der Deutschen zu lernen, ihn *mit aller Kraft* zu übernehmen“¹⁴¹. Je vollständiger die Sowjets die „Diktatur des Proletariats“ verkörpern, desto weniger braucht man die Übernahme staatskapitalistischer Elemente zu fürchten¹⁴².

Im vorangehenden Abschnitt (III.) wurde deutlich, daß Marx und Engels die Problematik der „Transformation“ von Organen der alten Staatsmacht nicht explizit formuliert haben. Dennoch kann die These von I. Wagner, daß die Dialektik der „Zerschlagung“ („Zerschlagung im *eigentlichen* und *engeren* Sinne“ und Zerschlagung im „relativen, bedingten Sinne“) in den Auffassungen von Marx und Engels keine Rolle spiele¹⁴³, nicht kritiklos hingenommen werden; denn es gibt Überlegungen von Marx und Engels, in denen der Gedanke der Übernahme von Organen und Regulierungsmethoden des bürgerlichen Staates *angelegt* ist. Darauf weisen vor allem jene Bestimmungen des Staates hin, die diesen als gesellschaftliches Organ bzw. als Organ mit gesellschaftlicher Amtstätigkeit und als eine politische Form analysieren, die sich dem Entwicklungsstand des sich widersprüchlich bewegenden Verhältnisses von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen anpassen muß¹⁴⁴. Eine „Zerschlagung“ solcher Organe, Institutionen und Regulierungsmethoden würde einen Rück-

schritt im Grad der Vergesellschaftung bedeuten. Auch die politischen Formen und Funktionen des neuen proletarischen Staates müssen diesem Niveau der Vergesellschaftung Rechnung tragen.

6. Voraussetzungen der „demokratischen Transformation“ des bürgerlichen Staates

Der revolutionäre Inhalt der Marxschen Theorie ergibt sich daraus, daß ihre „theoretischen Sätze“ „allgemeine Ausdrücke tatsächlicher Verhältnisse eines existierenden Klassenkampfes, einer unter unseren Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung“ sind¹⁴⁵ und sie „in dem positiven Verständnis des Bestehenden zugleich auch das Verständnis seiner Negation, seines notwendigen Untergangs einschließt, jede gewordene Form im Flusse der Bewegung, also auch nach ihrer vergänglichen Seite auffaßt“¹⁴⁶. Form und Funktion des bürgerlichen Staates werden so einerseits als notwendige Besonderung des politischen Herrschaftsapparates „neben und außer der bürgerlichen Gesellschaft“ begriffen¹⁴⁷; andererseits wird das Aufbrechen des verhüllten Widerspruchs von demokratisch-repräsentativer Form und der Grundfunktion des bürgerlichen Staates (Sicherung der kapitalistischen Klassenherrschaft) zum zentralen Bezugspunkt des Klassenkampfes. Die Zurücknahme des Staates in die Gesellschaft, die das „Zerschlagen“ der „bürokratischen Maschinerie“ des kapitalistischen Staates voraussetzt, ist kein Akt des politischen Voluntarismus – sie kann sich nur auf der Grundlage der Überwindung der Klassenherrschaft vollziehen. Erst dann wird eine besondere politische Repressionsgewalt, der Staat, überflüssig¹⁴⁸. Dies bedeutet keinen Verzicht auf Formen der Willensbildung, der politischen Entscheidung und Kontrolle, wie sie schon in der bürgerlich-demokratischen Republik ausgebildet sind. Entscheidend ist aber der sozialökonomische Inhalt, der Funktionsweise wie gesellschaftlichen Zweck der Institutionen des „Verwaltungsapparates“ bestimmt. „Der Charakter der Wahl hängt nicht von diesem Namen ab, sondern von der ökonomischen Grundlage, den ökonomischen Zusammenhängen der Wähler; und sobald die Funktionen aufgehört haben, politisch zu sein, existiert 1. keine Regierungsfunktion; 2. die Verteilung der allgemeinen Funktionen ist Geschäftssache geworden, die keine Herrschaft gibt; 3. die Wahl hat nichts von heutigem politischen Charakter.“¹⁴⁹

Der methodische Dreischritt, den Marx für die Kritik der politischen Ökonomie verlangt¹⁵⁰, gilt auch für die Staatsanalyse: Sie beginnt mit der Zurückführung des erscheinenden Formenreichtums des politischen Systems der bürgerlichen Gesellschaft auf seine – allen verschiedenen Formen gemeinsame – Inhaltsbestimmung¹⁵¹. Danach werden die konkreten Erscheinungsformen als die „Zusammenfassung vieler Bestimmungen . . . , also Einheit des Mannigfaltigen“ dechiffriert¹⁵². Auch der Klassenkampf folgt dieser Logik: er beginnt mit der propagandistischen Auflösung des Widerspruchs zwischen Form und Inhalt des bürgerlichen Staates, mit der Enthüllung seiner grundlegenden Klassenfunktion. Diese propagandistische Aufgabe dient der Erringung der Staatsmacht durch die Arbeiterklasse. Für Marx und Engels – später für Lenin – war daher die Formdifferenz von bürgerlichem Staat und sozialistischem Übergangstaat niemals das ausschlaggebende Problem für die Beurteilung konkreter Strategien der Arbeiterbewegung. Die Verselbständigung der formalen

Seite des Staatsproblems hat Lenin später als wesentliches Merkmal der reformistischen Staatsauffassung herausgestellt: Der Kautsky'schen Entgegensetzung von „reiner Demokratie“ und „Diktatur“ hält er die Unterscheidung von bürgerlicher Diktatur (in der Form der bürgerlich-demokratischen Republik) und der proletarischen Diktatur (in der Form der politischen Massendemokratie und der Sowjetmacht) entgegen. Er verurteilte diejenigen Kräfte in der Arbeiterbewegung, die die bürgerliche Demokratie zu einem „Wert an sich“ überhöhten und dabei die Frage der sozialistischen Transformation der Gesellschaft durch den Klassenkampf und den Kampf um die politische Macht aus dem Auge verloren. Die von Lenin kritisierte Formhypostasierung der „Demokratie“ markiert zugleich das Leitmotiv der reformistischen Staatsauffassung, das Bernstein wie folgt formulierte: „Die Demokratie ist Mittel und Zweck zugleich, sie ist das Mittel der Erämpfung des Sozialismus und sie ist die Form der Verwirklichung des Sozialismus.“¹⁵³

Dennoch gibt es in der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft selbst einen Prozeß der Form- und Funktionsveränderung des Staates, der eng zusammenhängt mit der Konstitution einer autonomen proletarischen Klassenbewegung. Otto Bauer hat innerhalb der bürgerlichen Demokratie den liberalen – auf dem Wahlsensus beruhenden – Staat und den demokratischen – auf dem allgemeinen Wahlrecht beruhenden – Staat als zwei Entwicklungsphasen unterschieden. Der Übergang von der einen zur andern Form „war überall das Resultat der Klassenkämpfe des Proletariats“¹⁵⁴. Die demokratische Republik erscheint als eine geschichtliche Phase der Entwicklung der bürgerlichen Staatsform, in der diese zwar mit dem ursprünglichen Anspruch der bürgerlich-revolutionären Bewegung zusammenfällt, jedoch zugleich der historisch-transitorische Charakter dieser gesellschaftlichen Form von Herrschaft evident wird. Die demokratische Republik gibt daher mit den bürgerlichen Freiheiten dem Proletariat nicht nur „... alle die Waffen in die Hand (...), deren es zu seinem endgültigen Sieg bedarf.“¹⁵⁵ Deren Nutzung durch die Arbeiterbewegung wirkt jedoch schon als Schranke, die ihrerseits die Bedingungen bürgerlicher Herrschaft beeinflußt. Im Unterschied zur Ausübung politischer Macht über den Zensus ist die Bourgeoisie hier gezwungen, auf der politischen Ebene Bündnisse (z. B. mit kleinbürgerlichen oder bäuerlichen Kräften) einzugehen und vor allem durch Zugeständnisse an die Arbeiterschaft und deren Organisationen ihre eigene politisch-ideologische Massenbasis zu erweitern, um damit kontinuierlich der Gefahr entgegenzuwirken, daß die Arbeiterbewegung über Ausnutzung des Wahlrechtes die politische Macht zu erringen vermag. Durch diese Anpassungs- und Integrationsstrategien wird der Mechanismus der ideologischen Verschleierung verstärkt. Der Staat erscheint zunehmend als Apparat und ausgleichender Regulator aller gesellschaftlicher Interessen – seine sozialökonomische Grundfunktion tritt zurück und erscheint allenfalls als gleichrangiges Element eines Ensembles gesamtgesellschaftlicher Reproduktionsfunktionen.

Der transitorische Charakter der demokratischen Republik liegt also darin, daß sie die Bourgeoisie schon zu Machtkompromissen und materiellen Anpassungsstrategien gegenüber der Arbeiterbewegung zwingt, daß aber die Arbeiterbewegung die demokratische Republik als eine politische Übergangsform betrachten muß, in der der Kampf um die politische Macht schon verbunden ist

mit der Programmatik der Veränderung der Eigentumsverhältnisse, der Einführung der direkten Demokratie in der Organisation des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses. In dieser inneren Widersprüchlichkeit – hervorgerufen durch das selbständige Auftreten des Proletariats „auf der Bühne der Geschichte“ – sah Marx schon in der Revolution 1848 die „Dialektik der bürgerlich-parlamentarischen Staatsform“ begründet: „Die parlamentarische Republik ... sah sich in ihrem Kampfe wider die Revolution gezwungen, mit den Repressivmaßregeln die Mittel und die Zentralisierung der Regierungsgewalt zu verstärken.“¹⁵⁶ Die Bourgeoisie verzichtet auf ihre eigene parlamentarisch-repräsentative Regierungsform, damit deren Institutionen nicht zur Durchsetzung der Interessen und Forderungen der sozialistischen Arbeiterbewegung benutzt werden können. Machtkompromisse und Anpassungsstrategien bleiben solange funktional, wie sie der Integration der Arbeiterbewegung und der Sicherung der Kapitalverwertungsinteressen dienen. Sobald dieser integrative Konsensus gefährdet wird, ist der Boden für den Umschlag zur Beseitigung jener bürgerlichen Freiheiten und Institutionen bereitet, deren Wahrnehmung durch die Arbeiterbewegung stets von neuem die unumschränkte und einheitliche Durchsetzung der politischen Herrschaft der Bourgeoisie problematisiert. Die europäische Arbeiterbewegung wurde nach der Oktoberrevolution, den revolutionären Massenbewegungen nach dem ersten Weltkrieg und schließlich den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise seit 1929 mit der faschistischen Form dieses Umschlages zur autoritären Diktatur konfrontiert, deren Funktion darin bestand, daß nicht nur die revolutionäre, sondern auch die reformistische Arbeiterbewegung ausgeschaltet werden sollte, deren Existenzbedingungen und Erfolg unmittelbar mit der Strategie des integrativen Konsensus im Rahmen der Institutionen des bürgerlich-parlamentarischen Systems verknüpft sind.

Die Problematik des Formwandels bürgerlicher Herrschaft wird aber mit der Untersuchung des Zusammenhangs von Staatsform und Klassenkämpfen nicht ausreichend erfaßt. Sie vermag nicht jenen Wandel bürgerlicher Herrschaft zu erklären, der gerade nach dem zweiten Weltkrieg in den hochentwickeltesten kapitalistischen Ländern eine lange Phase der Prosperität und Stabilität – auch des politischen Systems in der Form der demokratischen Republik begleitet. Die tiefe ökonomische und politische Krise des kapitalistischen Systems in der Zwischenkriegsperiode hat nicht seinen Zusammenbruch (wenn auch eine beträchtliche Beschränkung seines Herrschafts- und Einflusses), sondern die Herausbildung neuer Anpassungsstrategien gefördert, die sich vor allem in der Fähigkeit, den Klassengegensatz zu kanalisieren und zu institutionalisieren, verdeutlichen. So zentriert sich die staatstheoretische Diskussion dieser Periode weitgehend auf die gesellschaftliche Integrations- und Steuerungskapazität des Staates gegenüber dem politischen und ökonomischen Widerspruchspotential, dessen negativen Pol die klassenbewußte Arbeiterbewegung repräsentiert. Schon vor dem Ende des zweiten Weltkrieges setzte sich innerhalb des institutionellen Systems der bürgerlich-parlamentarischen Herrschaft ein Formwandel durch, der die veränderten Funktionen des Staates gegenüber dem kapitalistischen Reproduktionsprozeß und gegenüber der in Massenorganisationen (Parteien und Gewerkschaften) organisierten Arbeiterbewegung erkennen läßt¹⁵⁷. Es handelt sich um die Tendenz zur Vonselbständigung der

Exekutivgewalt (also vor allem der Regierung und der Staatsbürokratie) gegenüber der Legislative, eine Verselbständigung, die zwar im Faschismus besonders offen zutage tritt, freilich schon wesentlich früher einsetzt und sich – unter den Bedingungen einer relativen Stabilität des parlamentarischen Verfassungssystems – auch nach 1945 fortgesetzt hat. Diese Funktionsveränderung – neuerdings mit dem Schlagwort der „Aushöhlung des Parlamentarismus“ belegt – ist also keineswegs nur an die Verschiebungen des politischen Kräfteverhältnisses der Klassen gebunden, sondern sie hat strukturelle Veränderungen im Verhältnis von Ökonomie und Politik im gegenwärtigen Kapitalismus zur Voraussetzung¹⁵⁸. In drei Prozessen wird diese Tendenz sichtbar: Die fortschreitende Zentralisierung von Entscheidungskompetenz auf der Ebene des staatlichen Regierungs- und Verwaltungsapparates, das wachsende Volumen des Staatshaushaltes und seine Bedeutung für die Umverteilung des Sozialproduktes und schließlich der Bedeutungszuwachs der Staatsbediensteten, die heute in der BRD nahezu ein Viertel aller Lohnabhängigen stellen¹⁵⁹. Sie reflektieren das Krisenpotential des Systems und damit zugleich den Versuch, dieses durch Ausweitung der staatlichen Regulierungsfunktionen einzudämmen¹⁶⁰. So erzwingt die kapitalistische Vergesellschaftung, die sich stets nur als Widerspruch zu den privaten Aneignungsverhältnissen zu entwickeln vermag, nicht nur Formveränderungen des kapitalistischen Eigentums, sondern zugleich die fortschreitende Delegation von Regulierungs- und Reproduktionsfunktionen, die sowohl die Kapitalverwertung als auch die Reproduktion der Arbeitskraft betreffen, an den bürgerlichen Staat. Die konkreten Formen dieser Delegation werden durch die Klassenseinsetzung, durch das Kräfteverhältnis der Klassen, bestimmt. In ihnen erscheint auf der Oberfläche der Widerspruch zwischen der gesellschaftlichen Anwendung der Produktivkräfte und der privaten Aneignung. Die Arbeiterklasse ist Produkt der kapitalistischen Produktionsweise eigenen Vergesellschaftungstendenz – und mit ihren grundlegenden programmatischen Forderungen, die politische Macht zur Aufhebung dieses Widerspruchs, zur Verwirklichung der gesellschaftlichen Aneignung zu benutzen, repräsentiert sie zugleich die objektive geschichtliche Möglichkeit, die Vergesellschaftung in einer neuen, freien und klassenlosen, Assoziation fortzuführen.

Der Vergesellschaftungszwang wirkt insofern auf die Tätigkeit des Staates ein, als dieser nicht mehr nur vermittels der Gewährleistung der rechtlichen Form des Reproduktionsprozesses – also als außerökonomisches Gewaltverhältnis – fungieren kann. Er muß vielmehr selbst materiell in den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß intervenieren. Daß er dabei die Privatrechtsinstitutionen einschränken muß, um „die private Form der Kapitalverwertung (zu)sichern und die Loyalität der Massen an diese Form (zu) sichern“¹⁶¹, greift als Bestimmung dieses Funktionswandels zu kurz. Indem der heutige bürgerliche Staat dem Zwang zur ständigen politischen Reorganisation der Produktionsbedingungen Rechnung tragen muß, reproduziert er auf der politischen Ebene jene Widersprüche, die den bürgerlichen Staat im allgemeinen auszeichnen. Dieser ist niemals nur Gewaltapparat zur Niederhaltung der Klassengegensätze gewesen. Seine Bestimmung, die Sicherheit der kapitalistischen Gesellschaftsformation als Ganzes zu gewährleisten, schloß stets schon die Notwendigkeit ein, neben den reinen Gewaltfunktionen (besonders verkörpert durch

Militär und Polizei) regulative und integrative Funktionen wahrzunehmen, die nicht nur die ideologische Kohäsion der Gesellschaft, sondern auch deren reproduktiven Zusammenhang sichern sollten. Der Widerspruch zwischen der gesellschaftlichen Anwendung der Produktivkräfte und der privaten Aneignung kommt also auf politischer Ebene darin zum Ausdruck, daß der bürgerliche Staat als Organ der Klassenherrschaft nur fungieren kann, wenn er zugleich als „gesellschaftliches Organ“ tätig wird, Aufgaben wahrnimmt, die nicht nur der Reproduktion des Arbeitsvermögens dienen (Gesetze zur Beschränkung der Arbeitszeit, Sozialpolitik u. a. m.), sondern die insgesamt jenen stofflichen Reproduktionsanforderungen Rechnung tragen, die der kapitalistische Vergesellschaftungsprozeß hervorbringt, aber auf der Ebene der Konkurrenz wie des Austauschs von Lohnarbeit und Kapital nicht mehr im Sinne einer störungsfreien Akkumulation bewältigen kann. Die Verkürzung der Habermasschen Bestimmung liegt darin, daß sie die Herstellung einer komplementären Funktionalität von Kapitalverwertung und Massenloyalität durch den Staat als ein Integrationsproblem behandelt. Eine Bestimmung dieses Verhältnisses, die vom Krisencharakter und der „historischen Tendenz“ der kapitalistischen Produktionsweise ausgeht, muß jedoch den widersprüchlichen Zusammenhang zwischen Repressions- und Integrationsfunktion des heutigen bürgerlichen Staates in den Mittelpunkt der Analyse stellen. Schon die empirische Erfahrung sollte vor der Illusion bewahren, seine Hauptaufgabe sei es, über den Einfluß einer reformistisch bzw. integrationistisch orientierten Arbeiterbewegung die Loyalität der Massen zu binden, um so die Kapitalverwertung zu sichern.

Der bürgerliche Staat entwickelt und zentralisiert heute weit mehr als früher die Instrumente seines Gewaltmonopols (Militär, Polizei, Justiz). Zwar wird der Ausbau des militärischen Gewaltpotentials mit der internationalen Konkurrenz von Kapitalismus und Sozialismus legitimiert – gleichwohl hat das herrschaftssichernde Gewaltpotential im Vergleich mit der Zeit des Kapitalismus etwa um die Mitte des 19. Jahrhunderts nachgerade gigantische Ausmaße angenommen und beeinflußt selbst – über die Rüstungspolitik – entscheidend die ökonomischen Reproduktionsbedingungen. Die Spezifik der gegenwärtigen Staatstätigkeit muß also darin gesehen werden, daß er zum einen die Kapitalverwertung und den Ausbau des Apparates politisch-militärischer Gewalt gewährleistet, zum anderen dem Druck der Arbeiterbewegung, wie er sich zunächst in den Forderungen nach Verbesserung der Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft und der Erweiterung demokratischer Mitbestimmungs- und Kontrollrechte auf staatlicher und ökonomischer Ebene darstellt, ständig Rechnung tragen muß. Dabei handelt es sich keineswegs um die „Zurücknahme“ des bürgerlichen Staates in die bürgerliche Gesellschaft, um ein „Absterben des Staates“ innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft, bei der der sachrational verwaltete „technische Staat“ an die Stelle der alten, weltanschaulich geprägten und durch Interessenkonflikte auseinandergerissenen „Demokratie“ tritt¹⁶². Vielmehr indizieren der Primat der ökonomischen Systemsicherung, dem die Politik der Sicherung und Verbesserung der Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft funktional zugeordnet ist, sowie der politisch-militärischen Herrschaftssicherungen die grundlegende inhaltliche Bestimmung der staatlichen Tätigkeit; zugleich indiziert die prinzipielle Unfähigkeit des

Staates, ökonomische Krisen zu verhindern, daß die staatlichen Funktionen letztlich die fundamentalen Bewegungswidersprüche der kapitalistischen Produktionsverhältnisse nicht außer Kraft zu setzen vermögen, sondern im Gegenteil durch diese selbst produziert und bestimmt werden.

Doch sind es gerade die auf die Ebene staatlichen Handelns transformierten Widersprüche des kapitalistischen Vergesellschaftungsprozesses, die gegenwärtig auf die Bedingungen der Klassenauseinandersetzungen sowie auf die strategischen Diskussionen der Arbeiterbewegung einwirken. Indem die Sicherung der Systemstabilität die Notwendigkeit staatlicher Anpassungs- und Integrationsstrategien gegenüber der Arbeiterklasse wie der Arbeiterbewegung hervorbringt, wandeln sich Inhalte und Formen der Klassenauseinandersetzung. Voraussetzung für den Erfolg solcher Integrationsstrategien ist einmal das Festhalten an den politischen Institutionen des bürgerlich-parlamentarischen Systems, das noch als Form der Artikulation und der Kanalisierung der Interessen der Lohnabhängigen fungieren kann; darüber hinaus die Bereitschaft und objektive Möglichkeit, auf die materiellen Forderungen zur Verbesserung der Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft partiell einzugehen. Im politischen wie im ökonomischen Bereich aber stoßen die Forderungen auf prinzipielle Funktionsgrenzen des bürgerlichen Staates. Nicht in der abstrakten Negation des bürgerlichen Staates, sondern in der konkreten Konfrontation der unmittelbaren Bedürfnisse und Interessen der Lohnabhängigen und den Handlungsmöglichkeiten des Staates läßt also der bewußt geführte Klassenkampf den grundlegenden Widerspruch zwischen Herrschaftssicherung und Integrationsstrategien deutlich werden.

In allen hochentwickelten kapitalistischen Ländern vertritt die Arbeiterbewegung heute Forderungen, die die Ausweitung und qualitative Veränderung der Staatstätigkeit zur Sicherung und Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen beinhalten. Diese erstrecken sich auf Bildungs-, Gesundheits-, Verkehrs-, Umwelt- und Wohnungsbaupolitik, die gesetzliche Regelung der Altersvorsorge und die staatliche Beschäftigungspolitik – bis hin zur Forderung nach der Verwirklichung eines staatlich garantierten „Rechts auf Arbeit“. Daß der Staat zum Adressat dieser Forderungen wird, ist kein illusionäres Abgleiten der Politik der Arbeiterbewegung – reflektiert sich doch in der zunehmenden staatlichen Vermittlung dieser Reproduktionsanforderungen jene Vergesellschaftungstendenz, der auf der Ebene des Einzelkapitals bzw. auf der Ebene des Austauschs von Lohnarbeit und Kapital nicht mehr adäquat – d. h. ohne größere, krisenhafte Störungen des Reproduktionsprozesses – entsprochen werden kann. Illusionär wäre allenfalls die Erwartung, als könnte der bürgerliche Staat den objektiven Vergesellschaftungsprozessen entsprechen und alle Widersprüche und Konflikte lösen, die auf der Ebene des Produktionsprozesses produziert und reproduziert werden, also die gesellschaftlichen Bedürfnisse und die gesellschaftliche Konsumtion der Produzenten letztlich ohne qualitative Veränderung der Produktions- und Aneignungsverhältnisse selbst befriedigen.

Gleichwohl macht der Druck, den die Arbeiterbewegung zur Durchsetzung ihrer Forderungen erzeugen kann, zwei Problemfelder deutlich, die Handlungsbedingungen und -grenzen des bürgerlichen Staates abstecken: Zum einen problematisieren die Kämpfe der Arbeiterbewegung die Verteilungspro-

portionen und -prioritäten, die die Intervention des bürgerlichen Staates in den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß auszeichnen. Indem sie die Grenzen der staatlichen Leistungsfähigkeit aufreißen, die dann durch die Staatsrepräsentanten, die bürgerlichen Parteien und ihre Medien offen als politischer Widerstand gegen diese Forderungen formuliert werden¹⁶³, treiben sie zugleich den Widerspruch zwischen dem Primat der Sicherung der Kapitalverwertung auf der einen und der Notwendigkeit der gesellschaftlichen Sicherung und Verbesserung der Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft auf der anderen Seite an die Oberfläche der politischen Auseinandersetzungen. Sie bringen selbst die Einsicht hervor, daß die Überwindung dieser Grenzen keine bloße Veränderung der Prioritätensetzung in der Politik des Staates voraussetzt, sondern eine qualitative Transformation seiner gesellschaftlichen Funktion, die ihrerseits freilich eine Veränderung der politischen Machtverhältnisse, d. h. die Beteiligung der Organisationen der Arbeiterklasse an der politischen Macht erfordern¹⁶⁴.

Andererseits stellen heute gerade die Forderungen der Arbeiterbewegung nach einer an den Bedürfnissen der Lohnabhängigen orientierten Beschäftigungspolitik – bis hin zur Gewährleistung eines „Rechte auf Arbeit“ – den Funktionsmechanismus des bürgerlichen Staates infrage. Eine aktive staatliche Beschäftigungspolitik, die auf den Druck der Klassenbewegung reagiert und zugleich die konjunkturelle und besonders die strukturelle – durch die kapitalistische Rationalisierung und Produktivitätssteigerung bedingte – Arbeitslosigkeit beseitigen will, erfordert das aktive Eingreifen des Staates in die privatkapitalistischen Eigentumsverhältnisse selbst; denn nur durch eine politische Einschränkung der privaten Aneignungs- und Verfügungsgewalt über die Produktion, sowie durch den politischen Eingriff in die Sphäre der monopolistischen Konkurrenz könnte der Staat die Vollbeschäftigung sichern. Aber dazu müßte er eine wesentliche Funktion seiner selbst transformieren: er müßte von dem Primat der Sicherung der kapitalistischen Eigentums- und Aneignungsverhältnisse zur Einschränkung der Macht und der Verfügungsgewalt der Produktionsmittelbesitzer übergehen. Die heute weithin anerkannte engere Verflechtung zwischen dem ökonomischen und dem politischen Kampf der Arbeiterbewegung besteht also weniger darin, daß zahlreiche Forderungen der Arbeiterbewegung, die die Reproduktion der Arbeitskraft betreffen, an den bürgerlichen Staat gerichtet werden, sondern darin, daß die Auseinandersetzungen mit dem Staat um die Verwirklichung dieser Forderungen den inneren Widerspruch wie die fundamentale gesellschaftliche Funktion des Staates deutlich werden lassen – daß also die Grenzen staatlicher Kompromißfähigkeit stets die Funktionalität der staatlichen Intervention für die Sicherung des kapitalistischen Herrschaftssystems insgesamt deutlich erkennen lassen. Indem aber diese Auseinandersetzungen auch die Illusion auflösen, als agiere der Staat bei der Ausgestaltung der gesellschaftlichen Reproduktionsbedingungen als allgemein gesellschaftliches Organ, und dabei die Einsicht fördern, daß diese Funktionen der primär gesellschaftlichen Funktion der Staatstätigkeit subsummiert sind, fördert die Konfrontation der Arbeiterbewegung mit dem bürgerlichen Staat notwendig die Einsicht, daß die Bestandsgrenzen des staatlichen Handelns nur durch eine qualitative Veränderung der politischen Macht-

verhältnisse und – in der Folge – des gesellschaftlichen Inhalts der Staatstätigkeit überwunden werden können.

Für die Strategie der Arbeiterbewegung bedeutet eine solche „Transformation des Staates“ vor allem die Verbindung der Auseinandersetzungen um die unmittelbaren Reproduktionsinteressen mit der Perspektive der antimonopolistischen Demokratie und der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft. Gleichwohl beschränkt sich diese Verbindung keineswegs auf die Funktionen und Inhalte der Staatstätigkeit – sie ergreift zugleich die Form, in der sich diese vollziehen. Wenn die Arbeiterbewegung heute in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern die politischen Institutionen sowie die Rechte und Freiheiten der „bürgerlichen Demokratie“ gegen alle Versuche ihrer Aushöhlung bzw. Ausschaltung verteidigt, so nicht nur wegen des geschichtlichen Zusammenhangs der „Traditionen“ des demokratischen Kampfes der Arbeiterbewegung, sondern weil diese Verteidigung angesichts der Zentralisierung der ökonomischen und politischen Macht im staatsmonopolistischen Kapitalismus eine neue Dimension gewinnt. Die Zentralisation von Entscheidungskompetenzen beim Staat geht einher mit einer „Aufhebung der organisatorischen Grenzlinien zwischen Staatsbürokratie und privater Großindustrie“¹⁶⁵. „Im Ergebnis dieses Prozesses verflechten sich Ökonomie und Politik immer mehr. Die Eingriffe des Staates in die ökonomische Basis werden immer tiefgehender, und die Bindungen zwischen dem Staatsapparat und den Monopolen gestalten sich zunehmend enger.“¹⁶⁶ Die Sicherung der parlamentarischen Institutionen kann diese Bindungen weder aufheben noch einer gesellschaftlichen Kontrolle unterwerfen, da sie sich in der Regel direkt auf der Ebene der Staatsverwaltung selbst herstellt. Gerade hier setzen aber die zahlreichen Forderungen nach einer Erweiterung demokratischer Institutionen – von den Betrieben, Schulen und Universitäten, über die Kommunen bis hin zu den zentralen Instanzen staatlicher Entscheidung und Planung – an. Die Partizipation und Kontrolle der gesellschaftlichen Produzenten und Konsumenten, die Dezentralisierung der staatlichen Entscheidungshierarchie (etwa durch größere regionale und kommunale Autonomie) sowie die Demokratisierung des staatlichen Planungsprozesses stellen daher Elemente eines Programms der demokratischen Transformation des Staates dar, das im Ansatz als das politische Programm einer „Entstaatlichung“, als ein Programm begriffen werden muß, das mit der Durchsetzung von Elementen „direkter Demokratie“ innerhalb der bürgerlichen Republik wesentliche Inhalte jener Gesellschafts- und Staatskonzeption antizipiert, die die Besonderung des bürgerlichen Staates und die Herrschaftssicherung mit der objektiven Möglichkeit der Vermittlung von gesellschaftlicher Kontrolle des Produktionsprozesses und sozialistischer Selbstverwaltung konfrontiert. Dieses Programm einer „demokratischen Transformation des Staates“ vertreten heute – wenn auch mit unterschiedlichen Akzentuierungen – die kommunistischen Parteien Westeuropas¹⁶⁷.

Diese strategischen Überlegungen lassen erkennen, daß die revolutionäre Arbeiterbewegung sich einerseits nicht auf den Standpunkt der abstrakten Negation des gesellschaftlichen und politischen Systems des gegenwärtigen Kapitalismus begibt, sondern die unmittelbaren Kämpfe um die Reproduktionsinteressen der Arbeitskraft und um die Erweiterung der demokratischen Rechte und Freiheiten mit der Perspektive einer solchen demokratischen Transforma-

tion von Staat und Gesellschaft zu vermitteln weiß. Auf der anderen Seite verfällt sie nicht jenen Illusionen, die den Weg der rechten Sozialdemokratie zur „Integrationspartei“ und damit zu einer – vor allem im Hinblick auf die Sicherung der Massenloyalität – wesentlichen Stütze des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems begleitet und gefördert haben. Die demokratische Transformation kann sich weder auf die bloße Sicherung bzw. „Demokratisierung“ der bürgerlich parlamentarischen Republik, noch auf den Versuch einer Funktionserweiterung der staatlichen Tätigkeit beschränken. Sie erfordert vielmehr eine Veränderung aller wichtigen Bestimmungen des Verhältnisses von Ökonomie und Politik im gegenwärtigen Kapitalismus – und zwar nicht nur der Formen und Funktionen staatlicher Tätigkeit, sondern ihres gesellschaftlichen Inhalts. Erst durch die Veränderung der Machtverhältnisse auf der politischen Ebene und durch die Ausschaltung des dominierenden Einflusses des Monopolkapitals auf den ökonomischen und politischen Prozeß können neue Formen der Partizipation und Kontrolle der Massen entstehen, die mit der Sicherung bürgerlicher Rechte und Freiheiten zugleich deren klassenspezifische Beschränkung aufheben und neue Elemente gesellschaftlicher Kontrolle und Selbstverwaltung einführen.

Der Hinweis auf den notwendigen Zusammenhang zwischen dem politischen Niveau, dem Massencharakter der Klassenauseinandersetzungen und der Strategie der demokratischen Transformation des Staates wirft aber die Frage auf, wie der politisch-ideologische Block der ökonomischen und politischen Interessen des Kapitals auf eine solche Krise bürgerlicher Herrschaft zu reagieren vermag. Die Verwertungskrise des Kapitals zwingt den bürgerlichen Staat zur Stabilisierungsintervention, ohne daß er gleichzeitig die Politik der integrativen Gratifikation gegenüber der Arbeiterklasse weiterverfolgen kann. Der Umschlag von der integration zur offenen Repression der Arbeiterbewegung reflektiert den Zwang, die politische Macht des Staates als unverhüllte Klassenherrschaft zu instrumentalisieren und dabei jene Formen bürgerlicher Herrschaft zu liquidieren, die auch der Arbeiterbewegung einen gewissen Bewegungsraum ermöglichen. Diese Gefahr muß auch heute als Problem der Strategie des antimonopolistischen Kampfes und der „demokratischen Transformation des Staates“ mitbedacht werden. Einige westeuropäische Kommunisten bewerten die Gefahr eines Umschlages der integrativen in die repressive Sicherung kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse – unter Hinweis auf das Kräfteverhältnis der Klassen, die gewandelten Klassenstrukturen sowie auf das neue internationale Kräfteverhältnis von Kapitalismus und Sozialismus – als gering¹⁶⁸. Eine „Erklärung des Faschismus aus der spezifischen monopolkapitalistischen Massenbasisproblematik und den Mechanismen der monopolkapitalistischen Integration“¹⁶⁹ wird hingegen den Verlust der Massenbasis, das Versagen „aller Instrumente der monopolkapitalistischen Integration“ im Rahmen des bürgerlichen Verfassungs- und Rechtssystems, als eine wesentliche Voraussetzung für den Versuch des Übergangs zu faschistischen Herrschaftsformen betrachten. „Was aber, wenn dem Monopolkapital in dem Augenblick, in dem es diesen Übergang für angebracht hält, eine faschistische Partei nicht zur Verfügung steht? ... Dann vollzieht es den Übergang mit Hilfe des Militärs, indem es die gleichen Aufgaben, die sonst die faschistische Partei ausführen würde, ihm überträgt und an die Stelle der Parteien des alten Verfassungssy-

stems statt eines faschistischen Parteiführers eine faschistische Militärjunta an die Macht ruft. ... Der Faschismus ist (also) nicht an die Bedingung einer Massenbewegung gebunden.¹⁷⁰

Diese Überlegungen gewinnen angesichts des Doppelcharakters des staatlichen Apparates im staatsmonopolistischen Kapitalismus eine besondere Bedeutung für die strategischen Bestimmungen des Kampfes der Arbeiterbewegung. Wenn der Staat nicht mehr in der Lage ist, den Anforderungen des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses und damit den Forderungen der reformistischen Arbeiterbewegung nach gesellschaftspolitischen Reformen kompensatorisch zu entsprechen, so wird objektiv jener sozialdemokratisch-integrationistischen Stabilisierungsstrategie der Boden entzogen, die sich in einigen Ländern Europas – namentlich in der BRD, in Österreich und in den skandinavischen Ländern – während der Prosperitätsphase des Nachkriegskapitalismus als relativ erfolgreich erwiesen hat. Dann aber stellt sich das Problem der politischen Funktion bzw. Funktionalisierbarkeit des Apparates der unmittelbar politisch-militärischen Gewalt, der ja auch durch die integrationistische Politik erheblich ausgeweitet worden ist. Eine neue Dimension dieser Möglichkeit, angesichts der Krise des kapitalistischen Herrschaftssystems das Gewaltmonopol des Staates einzusetzen, ergibt sich aus der Einbindung der staatlich-militärischen Potentiale in transnationale militärische Integrationssysteme (NATO) und daher der Einwirkung externer Machtinteressen auf die nationalen Auseinandersetzungen zwischen kapitalistischen Stabilisierungsstrategien und dem antimonopolistischen Kampf der Arbeiterbewegung¹⁷¹.

Die Konzeption der „antimonopolistischen Demokratie“ und der „demokratischen Transformation des Staates“ gewinnt ihre Bestimmung als vermittelndes Glied einer sozialistischen Transformationsstrategie in dem Maße, wie sie die innere Dialektik der Rolle des Staates im staatsmonopolistischen Kapitalismus in sich aufgenommen hat. Jedwede Hypostasierung einer Seite der Staatstätigkeit – der repressiv-herrschaftssichernden oder der integrativ-reproduktiven – begünstigt das Scheitern dieser Strategie; denn sie würde entweder zu einer abstrakt-sektiererischen Vorstellung „revolutionärer Gegengewalt“ abgleiten oder sich auf den Boden der Illusion der objektiven Notwendigkeit des friedlichen und demokratischen Weges zum Sozialismus begeben, in die die Illusion von der Transformation des bürgerlichen Staates innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft eingeschlossen wäre. Insofern kann diese objektive Widersprüchlichkeit nur in der Praxis der Klassenbewegung aufgehoben und gelöst werden. Die konkrete Entwicklung der Machtstrukturen in den Klassenauseinandersetzungen entscheidet also letztlich darüber, ob die objektive Möglichkeit der „demokratischen Transformation des Staates“ tatsächlich realisiert werden kann.

7. Einige Folgerungen für die Strategie der Arbeiterbewegung

In den Diskussionen über den „italienischen Weg zum Sozialismus“ oder in der französischen Diskussion über die „Diktatur des Proletariats“ bilden staatstheoretische Überlegungen einen entscheidenden Bezugspunkt – und zwar nicht nur über den Zusammenhang zwischen den Strukturen des staatsmonopolistischen Kapitalismus und dem „Weg zur Macht“, sondern auch in der Antizipation jener Formen und Funktionen der demokratischen Macht-

ausübung, die eine „Regierung der Volkseinheit“ oder des „historischen Kompromisses“ mit der sozialistischen Perspektive zu verbinden haben. Abschließend kommen wir auf einige dieser Probleme des antimonopolistischen Kampfes zurück. – „Es gibt“ – so F. Hincker in der Debatte der FKP über die „Diktatur des Proletariats“ – „während der ganzen Geschichte der marxistisch-leninistischen Arbeiterbewegung, sich überkreuzend, zwei Einschätzungen von der Rolle des Staates: eine ‚breite‘ Einschätzung und eine ‚enge‘.“¹⁷² Die „enge“ Einschätzung faßt den bürgerlichen Staat als Unterdrückungsapparat der herrschenden Klasse – Lenins „Staat und Revolution“ (1917) kann als klassische Ausformulierung dieser engen Einschätzung bezeichnet werden, die zum Zeitpunkt der Zuspitzung der Krise und der Notwendigkeit der revolutionären Aktion die wesentlichen Aufgaben der proletarischen Revolution in den Mittelpunkt stellte. Die „weite“ Auffassung negiert keineswegs die grundlegende herrschaftssichernde Funktion des bürgerlichen Staates – gleichwohl identifiziert sie ihn nicht mit der „bürokratischen Maschinerie“ der Herrschaftsausübung und -sicherung. Sie bestimmt sein „Wesen... in der Organisation des Funktionierens der Klassengesellschaft im Sinne der Reproduktion der Produktionsverhältnisse, im Sinne der Reproduktion der Herrschaft der herrschenden Klasse... Diese Vorherrschaft wird ausgeübt mit dem Mittel der Unterdrückung, mit dem Mittel der Ideologie, aber auch mit dem Mittel der Organisation, sogar und gerade weil sie Dienste leistet, die, für sich genommen, einen allgemeinen Gebrauchswert haben.“¹⁷³ Der bürgerliche Staat wird also hier als Produkt der kapitalistischen Vergesellschaftungstendenz und der Klassenkämpfe betrachtet. Zugleich wird mit der Überwindung der begrenzten Vorstellung von der „Unterdrückungsmaschinerie“ die organisierende und reproduktive Funktion der Staatstätigkeit genauer beleuchtet. Dabei treten insbesondere auch die „Mittel der Ideologie“, die der Staat als Instrumente gesellschaftlicher Integration und Herrschaftssicherung zentralisiert, in den Gesichtskreis der Arbeiterbewegung¹⁷⁴.

Aus der notwendig widersprüchlichen Einheit von allgemeinen, gesellschaftlichen Staatsfunktionen, die angesichts der Vergesellschaftung der Produktivkräfte unerlässlich geworden sind, und der unverändert besonderen Grundfunktion des Staates, der bürgerlichen Herrschaftssicherung, resultiert eine spezifische Form des „Zerbrechens“ und der „Transformation“ des bürgerlichen Staates als Aufgabe der Arbeiterbewegung.

„Den Staat des SMK zerbrechen, das heißt, eben diesen Widerspruch zerbrechen, das heißt den einheitlichen Mechanismus zerbrechen, der, indem er Staat und Monopole vereint, die soziale Funktion des Staates seiner Funktion als Apparat der Klassenherrschaft unterordnet.“¹⁷⁵ Präziser noch bestimmt Ph. Herzog diese Aufgabe: „Allgemein kann man sagen, daß der Staatsapparat, der bis dahin der politischen Führung durch die Bourgeoisie unterstand, die wie wir sagten, zerstört werden mußte, nicht abgeschafft, sondern transformiert werden muß. Denn man muß beachten, daß er zwar ein Instrument des Kapitals war, aber auch das Produkt der Vergesellschaftung der Produktivkräfte und damit unerlässlich für die Vergesellschaftung geworden ist. Die Zerstörung – im gebräuchlichen Sinne des Wortes – der „öffentlichen Dienste“ bedeutet sofortige Auflösung und Rückgang der gesamten gesellschaftlichen Produktion und damit die Niederlage der revolutionären Macht. Die wirkli-

che Zerstörung des kapitalistischen Wesens des Staates bedeutet Demokratisierung seiner Arbeitsweise und seiner Führung. Die Zerstörung der Nervenzentren des bürgerlichen Staates durch die Übernahme der Führung durch das Volk ist der *Beginn* einer Transformation des Staatsapparates, dessen kapitalistisches Wesen vernichtet werden muß.¹⁷⁶

Herzog betont ausdrücklich, daß solche Veränderungen des Staates und die damit einhergehenden Maßnahmen wie Nationalisierungen und Ausweitung demokratischer Rechte und Freiheiten keinesfalls den „Beginn des Sozialismus“, sondern „Elemente der Verschärfung des Kampfes und nicht dessen Ende“ bedeuten¹⁷⁷. Die demokratische Transformation des Staates fügt sich ein in den langwährenden Kampf der Arbeiterbewegung um ideologische, kulturelle, politische und schließlich sozialökonomische „Hegemonie“, in dem die „Regierung der antimonopolistischen Front“ (Herzog) einen entscheidenden Wendepunkt darstellen kann. Die Hervorhebung des „weiten“ Begriffs des bürgerlichen Staates im staatsmonopolistischen Kapitalismus erweist sich so als der Versuch, auf spezifische Bedingungen des revolutionären Prozesses in den hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften, die durch die bürgerliche Revolution politisch geformt wurden, eine adäquate Antwort zu finden. Deshalb rekurren viele westeuropäische Marxisten heute auf Gramsci¹⁷⁸, der schon sehr früh den revolutionären Prozeß in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern als einen langwierigen Prozeß begriff, in dem es keine Trennung mehr zwischen „vorher“ und „nachher“ gibt. In der unterschiedlichen Ausbildung des bürgerlichen Staates und der bürgerlichen Gesellschaft sah er den Grund dafür, daß die sozialistische Revolution „im Westen“ einen anderen Weg zu gehen habe als die Oktoberrevolution¹⁷⁹.

Obwohl Gramsci's Rezeption des Marxismus-Leninismus für eine materialistische Theorie der Politik, in der Staats- und Gesellschaftstheorie von vornherein „historisiert“ sind und in einen universalen Begriff von „revolutionärer Praxis“ aufgehen, wichtig ist, dürfte es schwerfallen, die von ihm aufgeworfenen theoretischen und strategischen Fragen aus seinem eigenen Werk zu beantworten. Sein Begriff des „integralen Staates“, in dem „bürgerliche“ und „politische Gesellschaft“ verschmolzen zu einer „mit Zwang gepanzerten Hegemonie“, erfaßt gerade nicht jene Dialektik in der Tätigkeit des heutigen bürgerlichen Staates, die zum Bezugspunkt für die Strategie der „demokratischen Transformation“ des Staates wird. Bei Gramsci steht noch die Funktion des Staates als „Erzieher“, als kulturell-soziales Integrationsorgan im Mittelpunkt der Betrachtung. So kann der Rekurs auf die Hegemonie als das strategische Ziel, in dem politische Herrschaft sowie „geistige und moralische Führung“ eine Einheit bilden, allzu leicht zu einer Vonselbständigkeit des ideologischen Kampfes der Arbeiterbewegung führen.

Auf der anderen Seite muß gefragt werden, ob Gramsci's Konzeption des „historischen Blocks“, der als Bündnis aller „bisherigen subalternen“ unter der Führung der Arbeiterklasse und der kommunistischen Partei, des „Kollektivintellektuellen“, den Kampf um die „Hegemonie“ führt¹⁸⁰, den neuen Bedingungen gerecht zu werden vermag. Das „Bündnis der Kräfte der Arbeit und der Kultur“ (Programm-Manifest der Kommunistischen Partei Spaniens) bezieht sich auf „freiberufliche und sozialpolitische Massenbewegung“, „die nicht nur eine grundlegende Stellung im heutigen Kampf gegen die Diktatur einnehmen,

sondern die dazu berufen sind, eine bedeutende Rolle während des ganzen Prozesses des Aufbaus der politischen und sozialen Demokratie und des Sozialismus zu spielen".¹⁸¹ Französische Kommunisten sehen das „neue an der Politik der KPF“ – durch den 22. Parteitag programmatisch festgehalten – u. a. darin, daß die Analyse der Klassenstruktur des heutigen Kapitalismus konsequent auf die Bestimmung der sozialistischen Machtausübung angewandt worden ist. Da sich die Klassenstruktur bis zur Polarisierung in eine kleine Minderheit und „eine gewaltige Mehrheit von Arbeitern, Lohnabhängigen und, noch weiter gefaßt, von Produzenten“ entwickelt hat¹⁸², folgt, „daß... nicht mehr allein das Proletariat, sondern die werktätige Bevölkerung fähig ist, die sozialistische Macht auszuüben.“¹⁸³ Dabei handelt es sich nicht um einen diffusen Block von „Subalternen“, sondern um die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung, deren objektiver Interessengegensatz zum staatsmonopolistischen Herrschaftssystem durch dessen sozialökonomische Strukturen und Widersprüche produziert werden.

Das „Neue“ besteht nicht darin, daß eine neue – den Marxismus-Leninismus überwindende – revolutionäre Theorie gefordert würde. „Neu“ ist vielmehr, daß die Verbindung des Allgemeinen und Besonderen im revolutionären Kampf, die theoretische und praktische Vermittlung von Inhalt und Form des ökonomischen und politischen Kampfes neu problematisiert wird¹⁸⁴. Daher können auch die bislang bekannt gewordenen Diskussionsergebnisse in der westeuropäischen Arbeiterbewegung nicht einfach mit dem Hinweis auf den notwendigen und besonderen „Formenreichtum“ des revolutionären Prozesses erledigt werden; denn der Formwandel des revolutionären Prozesses, z. B. die Anerkennung von Strukturprinzipien der bürgerlichen Demokratie als institutionelle und rechtliche Sicherung des „demokratischen Weges zum Sozialismus“, resultiert nicht – wie die Gegner der Arbeiterbewegung unterstellen – aus einer bloß taktischen Anpassung an etablierte Strukturen des politischen Systems wie des Massenbewußtseins. Er reflektiert die Veränderungen in der Struktur des kapitalistischen Produktionsprozesses, der Entwicklung der Klassen- und Sozialstruktur, der Funktionen des Staates und schließlich der Rolle des Sozialismus in den nationalen und internationalen Klassenaueinandersetzungen. Das vorschnelle Verdikt vom „Revisionismus“, das ultralinke Intellektuelle zur Hand haben, sollte daher zugunsten einer Diskussion über die Wechselwirkung zwischen diesen objektiven, gesellschaftlichen Voraussetzungen und den theoretischen und praktischen Schlußfolgerungen der Arbeiterbewegung abgewiesen werden. Auf der anderen Seite wäre es ein Rückschritt, wenn sich innerhalb der kommunistischen Bewegung ein neues, regionales „Zentrum“ herausbilden würde, das einen „Monopolanspruch“ auf den „demokratischen Weg zum Sozialismus“ vertritt und es selbst ablehnt, die Praxis der Klassenaueinandersetzungen als Kriterium für die Überprüfung seiner theoretischen und strategischen Orientierung anzuerkennen.

Anmerkungen

1 W. Müller/Chr. Neusüb: Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital, in: Sozialistische Politik, 6/7, 1970, S. 4 ff.; als Kritik vgl. P. Römer: Klassenkampf, Staat und allgemeines Gesetz, in: ebd., Nr. 19, August 1972, S. 79–88.

2 Vgl. dazu bes., S. v. Flatow/F. Huisken: Zum Problem der Ableitung des bürgerlichen Staats, in: Probleme des Klassenkampfes, Nr. 7, Mai 1973, S. 83–153; M. Wirth: Zur Kritik der Theorie des staatesmonopolistischen Kapitalismus, in: Probleme des Klassenkampfes, Nr. 8/9, 1973, S. 17–44.

3 So z.B. H. Timmermann: Das Tauziehen um eine Konferenz der europäischen Kommunisten, in: Europa-Archiv, 2/1976, S. 35–46; ders.: Zwischen Weltbewegung und regionaler Kooperation – Die Zusammenarbeit der kommunistischen Parteien, in: Zusammenarbeit der Parteien in Westeuropa. Bonn 1976, S. 91–142.

4 So z.B. K. Burkhardt: Wandlungen im französischen Kommunismus. Der 22. Parteitag der KPF, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 17/1976, 24. April 1976, S. 3–12, bes. S. 7/8.

5 So offen z.B. W. Haubrich: Wie stark sind Spaniens Kommunisten, in: FAZ, 26. 7. 1976; H. Hamm: Westeuropas unbotmäßige Kommunisten, FAZ, 27. 3. 1976; „Kann man diesen Herren glauben?“, in: Stern, Nr. 11/1976, 4. 3. 1976; „Italien: Weg ohne Umkehr?“, in: Der Spiegel, Nr. 22/1976, 24. 5. 1976, S. 116–140.

6 Daß es sich dabei nicht nur um ein „bürgerliches Fremdbild“ handelt, zeigen freilich die Ausführungen und die Terminologie von S. Carillo (PCE) und E. Berlinguer (PCI) vor der „Berliner Konferenz“, vgl. DKP (Hrsg.): Dokumentation der Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas. Düsseldorf (1976), S. 46 und S. 79.

7 Dazu gehört u.a., daß Aussagen und Entscheidungen als „neu“ interpretiert und hochgespielt werden, die schon seit geraumer Zeit selbstverständlich sind. Schon mit der Auflösung der KI begann z.B. die Auflösung einer Zentrale zur Anleitung der Kommunistischen Weltbewegung, ein Prozeß, der schon seit langer Zeit abgeschlossen ist. Die nationale Selbständigkeit und Verantwortung gehört schon lange zum festgeschriebenen Bestand dieser Bewegung; so stellt die Formulierung von G. Marchais (KPF) über den „Sozialismus in den Farben Frankreichs“ keineswegs eine konfliktträchtige Originalität des 22. Parteitages der KPF dar, sondern wurde unter Bezug auf Aussagen von M. Thorez aus dem Jahre 1946 formuliert (vgl. G. Marchais: Die demokratische Herausforderung, Frankfurt/M. 1974, S. 169–171) – und schließlich: Meinungsverschiedenheiten sind nicht erst im Zusammenhang der Vorbereitung der Berliner Konferenz aufgebrochen. Einige der heute als „neu“ bezeichneten Überlegungen werden in der KPI schon seit Jahrzehnten diskutiert, vgl. u.a.: P. Togliatti: Aus den Memoiren von Yalta, in: E. Berlinguer u. a.: Der historische Kompromiß, Westberlin 1976, S. 96 ff.; die Rede von L. Longo vor dem XIII. Parteitag der KPI (1969), in: Informationsbulletin (IB), 6/1969, S. 18 ff.; die Diskussionen während der „Internationalen Beratung“ (Moskau, 1969, vgl. IB, Nr. 11–15/1969, Sonderausgabe); Zur Entwicklung der KPI vgl. H. Koppel: P.C.I. Die Entwicklung der italienischen KP zur Massenpartei. Westberlin 1976.

8 Vgl. J. Fest: Eurokommunismus und Utopie, FAZ, 18. 9. 1976.

9 Vgl. Projekt Klassenanalyse: Auf dem Weg zur politischen Macht: Zum Resultat der Parlamentswahlen, in: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus, 3/1976, S. 106–119.

10 Vgl. W. Gerns/R. Steigerwald: Probleme der Strategie des antimonopolistischen Kampfes, Frankfurt/M. 1976; neuerdings: dies.: Für eine sozialistische Bundesrepublik, Frankfurt/M. 1976.

11 Vgl. G. Marchais: Einleitung zum Programm für eine Regierung der Volkseinheit, in: Marxismus-Digest, Nr. 2/1972, S. 17–29; ebenfalls: Gemeinsames Regierungsprogramm von FKP und SP, Frankfurt/M. 1972, bes. S. XV/XVI.

12 Vgl. Programm-Manifest der KP Spaniens (PCE), in: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus, 2/1976, S. 89–173, hier S. 144.

13 Beschlüsse der Brüsseler Konferenz der Kommunistischen Parteien Westeuropas, in: IB, Nr. 3/1974, S. 1–18, hier S. 8.

14 Diese zentrale Vermittlung übersehen z.B. H. J. Brauns, Urs Jaeggi u. a.: SPD in der Krise, Frankfurt/M. 1976, wenn sie in Bezug auf die DKP, in der Tendenz aber auch verallgemeinernd für andere westeuropäische kommunistische Parteien, behaupten: „Die

DKP ist als ein gesellschaftlicher Faktor anzusehen, der gesellschaftspolitische Alternativen formuliert und Änderungen durchzusetzen versucht, die in früheren Programmen der SPD enthalten waren und die überwiegend eigentlich auch ins Programm einer SPD gehören.“ (ebd., S. 316/317.)

15 MEW, 4, S. 481.

16 W. I. Lenin: *Ausgewählte Werke*, Band II, Berlin 1964, S. 261–306, hier S. 301. vgl. dazu im Detail den Abschnitt III dieses Beitrages.

17 W. I. Lenin: *Der „linke Radikalismus“* ..., in: ders.: *Ausgewählte Werke*, Band III, Berlin 1964, S. 389–484, hier S. 461.

18 VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale. Frankfurt/M. 1971, S. 124.

19 Über die Möglichkeit des „friedlichen Weges“ schrieb Marx 1878: „Friedlich kann eine historische Entwicklung nur so lange bleiben, als ihr keine gewaltsamen Hindernisse seitens der jedesmaligen gesellschaftlichen Machthaber in den Weg treten. Gewinnt z. B. in England oder in den Vereinigten Staaten die Arbeiterklasse die Majorität im Parlament oder Kongreß, so könnte sie auf gesetzlichem Wege die ihrer Entwicklung im Weg stehenden Gesetze und Einrichtungen beseitigen; und zwar auch nur, soweit die gesellschaftliche Entwicklung diese aufwies. Dennoch könnte die ‚friedliche‘ Bewegung in eine ‚gewaltsame‘ umschlagen durch Auflehnung der am alten Zustand Interessierten; werden sie (wie der amerikanische Bürgerkrieg und die französische Revolution) durch Gewalt niedergeschlagen, so als Rebellen gegen die gesetzliche Ordnung.“ zit. n. W. Hofmann: *Die Auffassung von der sozialistischen Revolution und der Diktatur des Proletariats bei Marx und Engels und in der kommunistischen Bewegung der Gegenwart*; in: *Marxismus in unserer Zeit*, Sonderheft 1, *Marxistische Blätter*, Frankfurt/M. 1968, S. 137 ff., hier S. 142.

20 Zit. nach ebd., S. 149.

21 Vgl. MEW, 17, S. 641, MEW, 18, S. 160.

22 Vgl. F. Engels: *Einleitung zu „Die Klassenkämpfe...“* (1895), MEW, 7, S. 511 ff.

23 Vgl. ebd. S. 525.

24 Vgl. z. B. die Reaktion der kommunistischen Parteien auf das Scheitern der chilenischen Volksfrontregierung: nicht das Scheitern des demokratischen und friedlichen Weges zum Sozialismus, sondern Fehler in der Bündnispolitik bei der Funktionalisierung der Staatsmacht für die Sicherung des demokratischen Weges zum Sozialismus wurden i. d. R. hervorgehoben, vgl. z. B. B. Ponomarjow: *Internationale Situation und revolutionärer Prozeß*, in: *Marxistische Blätter*, 4/1974, S. 11 ff.; R. Castillo: *Lehren und Perspektiven der Revolution*, in: ebd., 5/1974, S. 80 ff. sowie 6/1974, S. 59 ff.; S. Carillo: *Spanien nach Franco*, Westberlin 1975, S. 158 (wobei Carillo allerdings eine falsche Alternative zwischen dem „demokratischen Weg“ und dem „Bleiben an der Macht“ konstruiert und damit eine wesentliche strategische Dimension des demokratischen Weges verwischt); E. Berlinguer: *Für eine demokratische Wende*, Berlin, 1975, S. 360 ff.

25 E. Berlinguer: *Demokratische Wende*, a.a.O., S. 372.

26 *Le Socialisme pour la France*. Paris 1976, S. 89.

27 *Programm-Manifest der PCE*, a.a.O., S. 165.

28 Daß es sich hierbei nicht um taktische, sondern um prinzipielle Fragen der revolutionären Strategie handelt, wird auch deutlich, wenn man die Debatte in der kommunistischen Weltbewegung über die Frage des „friedlichen Übergangs“ zum Sozialismus berücksichtigt. Der Bruch mit der Kommunistischen Partei Chinas entwickelte sich nach dem XX. Parteitag der KPdSU gerade an dieser Frage; vgl. dazu, als Zusammenfassung der unterschiedlichen Auffassungen zur Frage des friedlichen Übergangs: *Die Polemik über die Generallinie in der internationalen kommunistischen Bewegung*, Peking 1965, S. 119–122.

29 Vgl. W. W. Sagladin (Gesamtredaktion): *Die kommunistische Weltbewegung*, a.a.O., S. 138/139.

30 E. Berlinguer: *Demokratische Wende*, a.a.O., S. 373/374.

31 S. Carillo: Spanien nach Franco, a.a.O., S. VI.

32 Vgl. z. B. G. Lukacs: Legalität und Illegalität, in: ders.: Geschichte und Klassenbewußtsein, Berlin 1923, S. 261–275. „Wenn also die Frage der Legalität und Illegalität für die kommunistische Partei zu einer bloß taktischen Frage wird, sogar zu einer Frage der augenblicklichen Taktik, über die kaum allgemeine Richtlinien ausgegeben werden können, da sie vollständig nach momentanen Nützlichkeitsgründen entschieden werden muß, so liegt in dieser völlig unprinzipiellen Stellungnahme die einzig mögliche praktisch-prinzipielle Ablehnung der Gültigkeit der bürgerlichen Rechtsordnung.“ (S. 269); vgl. auch W. I. Lenin: Der „linke“ Radikalismus..., a.a.O., S. 407/408.

33 Vgl. E. Berlinguer: Demokratische Wende, a.a.O., S. 430/431.

34 P. Togliatti: Aus dem Memoiren von Yalta, in: Berlinguer u. a.: Der historische Kompromiß, a.a.O., S. 96 ff., hier S. 100; vgl. dort auch ders.: Über die italienische Verfassung, S. 78–81.

35 H. Marcuse: Le marxisme sociétique. Paris 1963, S. 40.

36 The differences between Comrade Togliatti and us. (1962) in: Workers of all countries, unite, oppose our common enemy. Peking 1963, S. 26 ff., hier S. 57.

37 P. Togliatti: Der italienische Weg zum Sozialismus, in: Berlinguer u. a.: Der historische Kompromiß, a.a.O., S. 83 ff., hier S. 89.

38 Vgl. W. Gerns/R. Steigerwald: Probleme der Strategie..., a.a.O., S. 29 ff.

39 Programm-Manifest der PCE, a.a.O., S. 151; vgl. auch G. Marchais, in: Gemeinsames Regierungsprogramm..., a.a.O., S. XVI.

40 K. Marx: Kritik des Gothaer Programms, MEW, 19, S. 28/29.

41 Vgl. F. Engels: Die preußische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei, MEW, 16, S. 76.

42 F. Engels, Brief an P. Lafargue, 6. März 1894, MEW, 39, S. 216.

43 Auch im Wahlprogramm der IKP von 1976 wird von einer „neuen Gesellschaft“ gesprochen, ohne daß die sozialökonomischen Strukturen und politischen Verhältnisse dieser „neuen Gesellschaft“ genauer bezeichnet würden, vgl.: IB, 12/1976, S. 15–19.

44 Autorenkollektiv: Der Imperialismus der BRD, Frankfurt/M. 1971, S. 567/568.

45 W. Gerns/R. Steigerwald: Probleme der Strategie..., a.a.O., S. 57; in diesem Sinne auch der DKP-Vorsitzende, H. Mies, vor dem Bonner Parteitag (1976): „Unter Berücksichtigung der heutigen Bedingungen meinen wir allerdings unverändert, daß der Kampf um eine antimonopolistische Demokratie, in der die Macht der Monopole gebrochen ist, am besten geeignet ist, unserem Land den Weg zum Sozialismus zu öffnen.“ (Protokoll, S. 57).

46 Programm-Manifest PCE, a.a.O., S. 144.

47 Ebd., S. 168/169.

48 S. Carillo, Spanien nach Franco, a.a.O., S. 157.

49 Vgl. dazu W. W. Sagladin (Gesamtredaktion): Die kommunistische Weltbewegung, a.a.O., S. 109 ff.

50 So heißt es bei Sagladin (ebd., S. 111): „Die Negierung der Gemeinsamkeit der Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution ist im Grunde genommen zugleich ein Verstoß gegen das Prinzip der Einheit der revolutionären Kräfte unserer Epoche.“

51 Vgl. G. Marchais: Die demokratische Herausforderung, a.a.O., S. 119; Programm-Manifest PCE, a.a.O., S. 123.

52 E. Berlinguer: Berliner Konferenz..., a.a.O., S. 78; vgl. dazu auch: Der kommunistische Vorschlag, in: Berlinguer u. a.: Der historische Kompromiß, a.a.O., S. 32 ff., hier S. 34–39.

53 Vgl. Programm-Manifest PCE, a.a.O., S. 122.

54 S. Carillo: Spanien nach Franco, a.a.O., S. VI.

55 L. Libertini (KPI): Democracy and Socialism in countries of advanced capitalism. Papier zur Tagung „Socialism in the world“, Cavtat, Jugoslawien (Oktober 1976), S. 4.

56 W. I. Lenin: Der Krieg und die russische Sozialdemokratie, in: ders.: Die große Kraft des proletarischen Internationalismus, Berlin 1973, S. 87–95, hier S. 95.

57 So der Titel des von der Berliner Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas (29./30. 6. 1976) verabschiedeten Dokuments.

58 Programm-Manifest PCE, a.a.O., S. 127.

59 „Was das Proletariat angeht, so evoziert es heute den Kern, das Herz der Arbeiterklasse. Wenn es auch eine grundlegende Rolle spielt, so stellt es doch nicht die Gesamtheit der Arbeiterklasse dar und noch weniger die Gesamtheit der Werktätigen, von denen die sozialistische Macht, die wir anstreben, ausgehen soll.“ G. Marchais: Der französische Weg zum Sozialismus, in: Sopo, 36, August 1976, S. 99–109, hier S. 103/104; vgl. auch E. Berlinguer: Demokratische Wende, a.a.O., S. 377/378.

60 Vgl. S. Goffard: Die Machtfrage steht auf der Tagesordnung, in: Sopo, 36, August 1976, S. 125–134, hier S. 128.

61 Programm-Manifest PCE, a.a.O., S. 164.

62 Vgl. R. Garaudy: *Le grand tournant du Socialisme*. Paris 1969, S. 244 ff.

63 J. Elleinstein, Interview in: *Le nouvel observateur*, 6. September 1976, S. 60–74, hier S. 64.

64 G. Marchais: in: *Le Socialisme pour la France*, a.a.O., S. 79.

65 Ebd., S. 93/94; vgl. auch ders.: in: Sopo, 36, August 1976, S. 107.

66 E. Berlinguer: Berliner Konferenz, a.a.O., S. 78, ausführlicher dazu ders.: *Demokratische Wende* a.a.O., S. 14 ff.

67 Ebd., S. 392.

68 G. Marchais: Demokratische Herausforderung, a.a.O., S. 141; ders.: *Le Socialisme pour la France*, a.a.O., S. 120 ff.

69 Ebd., S. 121/122.

70 S. Carillo: Spanien nach Franco, a.a.O., S. 75.

71 Autorenkollektiv: *Der Imperialismus der BRD*, a.a.O., S. 567.

72 Bei dieser Differenzierung bleiben die von Marx und Engels verfaßten Frühschriften unberücksichtigt, da in ihnen die revolutionäre bzw. welthistorische Rolle der Arbeiterklasse nicht ausgearbeitet ist; erste *Begründungsansätze* zu dieser Frage sind in der „deutschen Ideologie“ dargelegt; siehe: Klein, M., u. a., *Zur Geschichte der marxistisch-leninistischen Philosophie in Deutschland*, Bd. I, 1. Halbband, Berlin, 1969, 253–277; *Geschichte der Philosophie*, Bd. III, Berlin, 1961, 45–48.

73 Dabei wird in der Regel darauf hingewiesen, daß Marx und Engels den Begriff „Diktatur des Proletariats“ nur selten verwendet und der „Diktatur des Proletariats“ nur eine geringe Bedeutung beigemessen hätten, vgl. K. Kautsky: *Die Diktatur des Proletariats*, Wien 1928, S. 20 u. S. 60; ders.: *Die materialistische Geschichtsauffassung*, Band II, Berlin 1929, S. 469; K. Diehl: *Die Diktatur des Proletariats und das Rätesystem*, Jena 1920, S. 44; C. Schmitt: *Bolschewismus*, in: *Handwörterbuch der Staatswissenschaften*, Hrsg.: L. Elster u. a., Jena 1924 (4. Aufl.), Band II, S. 944; W. Leonhard: *Sowjetideologie heute*, Band II, Politische Lehren, Frankfurt/M. 1962, S. 158 ff.; ders.: *Diktatur des Proletariats*, in: *Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft, Eine vergleichende Enzyklopädie*, Freiburg, Basel, Wien 1966, S. 1261, S. 1264 u. S. 1273; I. Fettscher: *Marx, Historischer Materialismus (II)*, in: *Handwörterbuch der Sozialwissenschaften*, Hrsg.: E. v. Bekkerath u. a., Göttingen 1971, S. 196.

Ein Journalist der „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ) hält dagegen fest, daß „für Engels... die ‚Diktatur des Proletariats‘ der erste Punkt einer Reihe von ‚kitzigen, aber sehr wesentlichen Fragen‘ war. Vgl. P. J. Winters: *Schon für Engels eine kitzlige Frage. Verzicht auf die ‚Diktatur des Proletariats‘ durch Marchais alarmierte die Einheitspartei*, FAZ v. 13. 2. 1976.

74 Häufig wurde in der Marx-Engels-Rezeption dieser Begründungsansatz übergangen; ausschließlich wird die Notwendigkeit der politischen Machtergreifung aus dem Klassencharakter des bürgerlichen Staates begründet. So bezeichnet z. B. W. Hofmann die politische Machtergreifung durch als Proletariat als Das-zur-Wehr-Setzen „gegen diesen Klassenkampf von oben“, W. Hofmann: *Die Auffassung von der sozialistischen Revolution und der Diktatur des Proletariats bei Marx und Engels und in der kommunistischen*

Bewegung der Gegenwart, in: *Marxismus in unserer Zeit*, Sonderheft 1, *Marxistische Blätter*, Frankfurt/M. 1968, S. 137 ff.

75 K. Marx/F. Engels: *Die deutsche Ideologie*, MEW, 3, S. 33.

76 Ebd., S. 33.

77 Ebd., S. 34.

78 Ebd., S. 74.

79 Ebd., S. 62.

80 Ebd., S. 69.

81 K. Marx: *Die moralisierende Kritik und die kritisierende Moral*, MEW, 4, S. 338.

82 Vgl. K. Marx/F. Engels: *Manifest der Kommunistischen Partei*, MEW, 4, S. 475 ff.

83 Ebd., S. 466.

84 Vgl. ebd., S. 463–468.

85 Ebd., S. 464.

86 Ebd.

87 Vgl. ebd., S. 468; außerdem K. Marx/F. Engels: *Die deutsche Ideologie*, a.a.O., S. 38 f.; K. Marx: *Das Elend der Philosophie*, MEW, 4, S. 181.

88 K. Marx/F. Engels: *Manifest...*, a.a.O., S. 472.

89 Die Aussage von Engels wird von W. Leonhard grob verfälscht, der den Hinweis auf die „demokratische Staatsordnung“ mit der bürgerlichen Demokratie identifiziert, vgl. W. Leonhard: *Sowjetideologie heute*, II, a.a.O., S. 158 ff., S. 174 f.; ders.: *Die Dreispaltung des Marxismus, Ursprung und Entwicklung des Sowjetmarxismus, Maoismus und Reformkommunismus*, Düsseldorf/Wien 1970, S. 53.

90 F. Engels: *Grundsätze des Kommunismus*, MEW, 4, S. 373.

91 K. Marx/F. Engels: *Manifest*, a.a.O., S. 474.

92 Vgl. Art. 1 der „Statuten des Bundes der Kommunisten“, MEW, 4, S. 596, der von F. Engels verfaßt worden ist, vgl. dazu P. Gindév: *Die Diktatur des Proletariats und ihre ‚Kritiker‘*, Frankfurt/M. 1973, S. 37.

93 K. Marx/F. Engels: *Manifest...*, a.a.O., S. 481.

94 W. I. Lenin bezeichnet dies als den zentralen Gesichtspunkt der „Diktatur des Proletariats“, vgl. ders.: *Staat und Revolution*, LW, 25, S. 414.

95 Vgl. ebd., S. 416.

96 K. Marx/F. Engels: *Erklärung*, MEW, 7, S. 323.

97 K. Marx: *Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850*, MEW, 7, S. 33; vgl. außerdem K. Diehl: *Die Diktatur des Proletariats*, a.a.O., S. 43; sicher trifft die Behauptung von H. Sultan nicht zu, daß Marx und Engels den Begriff der „Diktatur des Proletariats“ konstruiert hätten, um den Bourgeois und den Philistern einen Schrecken einzujagen. Vgl. ders.: *Gesellschaft und Staat bei Karl Marx und Friedrich Engels*, Jena 1922 (Reprint s'Grevenhagen 1973), S. 95.

98 Schon vor der 48er Revolution ist der Begriff „Diktatur des Proletariats“ von A. Blanqui verwandt worden, vgl. I. Fetscher: *Diktatur des Proletariats*, a.a.O., S. 1260. Blanqui vertrat das Konzept einer politisch abgesicherten Aufklärungsdiktatur; durch die Anwendung von Terror (gegen Feinde) und durch scharfe ökonomische und finanzielle Unterdrückungsmaßnahmen sollte gewährleistet werden, daß sich diese „Übergangsdiktatur“ möglichst schnell, durch die Entwicklung des allgemeinen Bewußtseins, aufhebt, vgl. dazu F. Deppe: *Verschöpfung, Aufstand und Revolution*. Auguste Blanqui und das Problem der sozialen Revolution im 19. Jahrhundert, Frankfurt/M. 1970, S. 197–228.

99 Die Arbeiter sollten nicht besiegt, sondern als Feinde der Gesellschaft vernichtet werden – diese Vorstellung leitete zumindest das brutale Vorgehen von Cavaignac. Marx und Engels prognostizierten, daß „nach einem solchen Kampfe wie dem der Junitage... nur noch Terrorismus möglich“ sei, „sei er von der einen oder der anderen Partei ausgeübt“. K. Marx/F. Engels: *Der 24. Juni*, MEW, 5, S. 127; zur Entwicklung vom 25. Juni bis zum 2. Juli, vgl. ebd., S. 110–153.

100 K. Marx: *Die Klassenkämpfe...*, a.a.O., S. 33.

101 Ebd., S. 89 f.; vgl. weiterhin: *Weltgesellschaft der revolutionären Kommunisten*, MEW, 7, S. 553; Marx an J. Weydemeyer, 5. März 1852, MEW, 28, S. 508.

102 Vgl. K. Marx/F. Engels: Ansprache der Zentralbehörde an den Bund vom März 1850, MEW, 7, S. 248.

103 K. Marx: Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte, MEW, 8, S. 196.

104 Ebd., S. 197; schon vorher – im Zusammenhang der Frage nach der Ablösung der feudalen Institutionen durch die bürgerlich-demokratischen Institutionen – verwiesen Marx und Engels auf die Notwendigkeit der Zerstörung der alten Staatsmacht, vgl. K. Marx/F. Engels: Vereinbarungssitzung vom 4. Juli, MEW, 5, S. 191; dies.: Der Prozeß gegen den Rheinischen Kreisausschuß der Demokraten, MEW, 6, S. 254.

105 In einem Brief aus dem Jahre 1871 heißt es dagegen: „Wenn Du das letzte Kapital des ‚Achtzehnten Brumaire‘ nachsiehst, wirst Du finden, daß ich als nächsten Versuch der französischen Revolution spreche, nicht mehr wie bisher die bürokratisch-militärische Maschinerie aus einer Hand in die andere zu übertragen, sondern sie zu zerbrechen, und dies ist die Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution, auf dem Kontinent.“ (Marx an L. Kugelmann, 12. April 1871, MEW, 33, S. 205). Es hat den Anschein, als ob Marx hier seine früheren Aussagen stark überinterpretiert. Daß Marx und Engels zu Beginn der 50er Jahre noch recht unscharfe Vorstellungen zu dieser Frage hatten, belegt auch der Sachverhalt, daß sie erst nach den Erfahrungen der Pariser Kommune eine Korrektur am „Manifest“ für notwendig hielten, vgl. K. Marx/F. Engels: Vorwort zur deutschen Ausgabe von 1872, MEW, 4, S. 573. Marx und Engels haben sich im Zeitraum 1851 bis 1871 weiter nicht mit der Frage des „Zerbrechens der Staatsmaschinerie“ beschäftigt.

106 K. Marx: Der 18. Brumaire..., a.a.O., S. 197.

107 K. Marx: Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterassoziation, MEW, 16, S. 11 ff.; ders.: Instruktionen für die Delegierten des Generalrates, MEW, 16, S. 195; ders.: Der 18. Brumaire..., a.a.O., S. 122; ders.: Der Bürgerkrieg in Frankreich, MEW, 17, S. 343; ders.: Das Kapital, Dritter Band, MEW, 25, S. 400, S. 356; F. Engels: Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten, MEW, 8, S. 588.

108 K. Marx: Inauguraladresse..., a.a.O., S. 12.

109 K. Marx: Kritik des Gothaer Programms, MEW, 19, S. 28; vgl. außerdem F. Engels: Über die politische Aktion der Arbeiterklasse, MEW, 17, S. 416; F. Engels an L. A. Pio, 7. März 1872, MEW, 33, S. 415; F. Engels: Zur Wohnungsfrage, MEW, 18, S. 276 f.; K. Marx: Der politische Indifferentismus, MEW, 18, S. 300; F. Engels: L. Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, MEW, 21, S. 300.

110 K. Marx: Der Bürgerkrieg..., a.a.O., S. 336; vgl. außerdem ders.: Erster Entwurf zum „Bürgerkrieg...“, MEW, 17, S. 538–543; ders.: Zweiter Entwurf zum „Bürgerkrieg...“, MEW, 17, S. 591–597; Engels an E. Bernstein, 1. Jan. 1884, MEW, 36, S. 79; K. Marx: Rede über den Haager Kongreß, MEW, 18, S. 160; F. Engels: Einleitung zu K. Marx „Bürgerkrieg...“, MEW, 22, S. 197 ff.; W. I. Lenkin: Staat und Revolution, a.a.O., S. 426–430.

111 K. Marx: Der Bürgerkrieg..., a.a.O., S. 336.

112 Ebd., S. 342.

113 Ebd., S. 340; vgl. außerdem K. Marx: Zweiter Entwurf..., a.a.O., S. 597. Bei der Behandlung dieses Gesichtspunktes läßt G. Kraiker den Gesichtspunkt der Zerschlagung der bürgerlichen Staatsmaschinerie völlig außer acht. Vgl. J. Frerichs/G. Kraiker: Konstitutionsbedingungen des bürgerlichen Staates und der sozialen Revolution bei K. Marx und F. Engels, Frankfurt/M. 1975, S. 130.

114 F. Engels: Einleitung zu K. Marx „Bürgerkrieg... (1891)“, MEW, 22, S. 198.

115 K. Marx: Zweiter Entwurf..., a.a.O., S. 596. Kurz vor der Oktober-Revolution muß sich Lenin fast mit der gleichen Kritik auseinandersetzen. Vgl. W. I. Lenin: Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?, LW, 26, S. 84 ff.

116 K. Marx: Erster Entwurf..., a.a.O., S. 543.

117 Vgl. Engels an Ph. Patten, 18. April 1883, MEW, 36, S. 11; K. Marx: Konspekt zu Bakunins Buch „Staatlichkeit und Anarchie“, MEW, 18, S. 630; F. Engels: Von der Autorität, MEW, 18, S. 308; K. Marx: Der politische Indifferentismus, MEW, 18, S. 300.

118 W. I. Lenin: Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky, LW, 28, S. 251.

119. F. Engels, Brief an Bebel, 16./28. März 1875, MEW, 19, S. 7.
120. Vgl. F. Engels: Programm der blanquistischen Kommuneflüchtlinge, MEW, 18, S. 529.
121. K. Marx: Erster Entwurf..., a.a.O., S. 545 f.
122. Engels, F., Zur Kritik des Sozialdemokratischen Programmentwurfs 1891, MEW, 22, S. 235.
123. Engels an E. Bernstein, 24. März 1884, MEW, 36, S. 128.
124. Engels, F., Zur Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs..., S. 235
125. Engels an Ph. Patten, 18. April 1883, MEW, 36, S. 11.
126. In diesem Teil werden solche Lenin-Äußerungen herangezogen und ausgewertet, die einen hohen Allgemeingrad besitzen, d. h. deren Gültigkeitsrahmen die Fragen der Arbeiterbewegung in der Niedergangsperiode der kapitalistischen Produktionsweise einschließt. Damit entfallen jene Aussagen, die sich auf die äußerst zugespitzten Klassenkonfrontationen (Bürgerkriege) in Rußland für die revolutionären Phasen von 1905–07 und 1917 beziehen.
127. Vgl. W. I. Lenin: Staat und Revolution, a.a.O., S. 425; ders.: Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, LW, 27, S. 254 ff.; ders.: Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky, a.a.O., S. 255; ders.: Thesen und Referat über bürgerliche Demokratie und Diktatur des Proletariats, LW, 28, S. 471 ff.; ders.: Vorwort zur Publikation der Rede „Über den Volksbetrug mit den Lösungen Freiheit und Gleichheit“, LW, 29, S. 369 ff.; ders.: Gruß an die ungarischen Arbeiter, LW, 29, S. 377; Thesen über die Hauptaufgaben des zweiten Kongresses der kommunistischen Internationale, LW, 31, S. 173.
128. Vgl. ders.: Staat und Revolution, a.a.O., S. 419 ff., S. 487; ders.: Werden die Bolschewiki..., a.a.O., S. 89; ders.: Die proletarische Revolution..., a.a.O., S. 231 f., S. 237.
129. Ders.: Die große Initiative, LW, 29, S. 408 ff.; außerdem, ders.: Die nächsten Aufgaben..., a.a.O., S. 231; ders.: Gruß..., a.a.O., S. 377.
130. Ders.: Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus, LW, 31, S. 29; ebenfalls ders.: Thesen über die Hauptaufgaben..., a.a.O., S. 173 f.
131. Ders.: Staat und Revolution, a.a.O., S. 400; S. 439, S. 487.
132. Diese beiden Seiten werden von den folgenden Arbeiten aufgegriffen und diskutiert: Ph. Herzog: Grundsätze und innerer Zusammenhang der Wirtschaftspolitik im Programm für eine demokratische Regierung der Volkseinheit, in: Marxismus-Digest, 2/1972, S. 49, S. 53; M. D. Kammari: Lenin über die Umwälzung während der Periode der sozialistischen Revolution, in: Sowjetwissenschaft (Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge), 1958, S. 149; L. Albakin: Über die ökonomische Funktion des sozialistischen Staates, in: ebd., 1969, S. 45 f.; W. W. Sagladin u. a.: Die kommunistische Weltbewegung, Frankfurt/M. 1973, S. 137 ff.; S. I. Tulpanow, V. L. Scheinis: Aktuelle Probleme der politischen Ökonomie des heutigen Kapitalismus, Frankfurt/M. 1975, S. 315–319; I. Wagner: Die soziale Revolution und der bürgerliche Staat, in: Studien zur marxistisch-leninistischen Revolutionstheorie, Hrsg.: G. Großer, Leipzig 1967, S. 14, S. 16, S. 28–31.
133. W. I. Lenin: Werden die Bolschewiki..., a.a.O., S. 84.
134. Ebd., S. 85.
135. Ebd., S. 88.
136. Ebd., S. 89. Indem Lenin die Aufgabe formuliert, den Staatsapparat „mit dem ganzen Volks“ zu „verbinden“, verweist er zugleich auf die Perspektiven der Zurücknahme des Staats in die Gesellschaft.
137. W. I. Lenin: Werden die Bolschewiki..., a.a.O., S. 89 f.
138. Ders.: Über „linke“ Kinderei..., a.a.O., S. 332.
139. Ebd., S. 334.
140. Ebd., S. 332.
141. Ebd., S. 333 sowie S. 335.
142. In „Staat und Revolution“ verdeutlicht Lenin seine Vorstellungen zur Übernahme bestimmter Staatsorgane durch ein Beispiel: die unter kapitalistischen Bedingungen be-

triebene Post, also ein Betrieb, der „nach dem Typ des staatskapitalistischen Monopols organisiert ist“ (S. 439). Der „Mechanismus der gesellschaftlichen Wirtschaftsführung“ ist in dieser Institution „bereits fertig vorhanden“. Das Ziel der proletarischen Bewegung besteht darin, „die gesamte Volkswirtschaft nach dem Vorbild der Post zu organisieren“ (ebd., S. 440). Für die sozialistische Planung und Leitung können also Organisationsmethoden fruchtbar gemacht werden, die das Resultat entwickelter kapitalistischer Verhältnisse darstellen.

143 I. Wagner: Die soziale Revolution ..., a.a.O., S. 28.

144 Im „Anti-Dühring“ untersucht Engels das allgemeine Verhältnis von „politischer Herrschaft“ und „gesellschaftlicher Amtstätigkeit“ (vgl. ders.: Herr Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, MEW, 20, S. 137 f., S. 167, S. 169 f.). Dabei weist er auch auf die Reproduktionsfunktionen der Staatsmacht in asiatischen Gesellschaften hin, vgl. dazu außerdem K. Marx: Die britische Herrschaft in Indien, MEW, 9, S. 127–131; Engels an Marx, 6. Juni 1853, MEW, 28, S. 259 f.; Marx an Engels, 14. Juni 1853, MEW, 28, S. 267; K. Marx: Das Kapital, erster Band, MEW, 23, S. 378 f.; ders.: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1974, S. 377. In der Studie „Über die Autorität“ behandelt Engels einige Aspekte der gesellschaftlichen Organisation und Arbeitsteilung und bestimmt den „politischen Staat“ als „politische Autorität“ (vgl. ders.: Von der Autorität, MEW, 18, S. 305–308). Marx behandelt in den „Grundrissen“ (unter Berücksichtigung des jeweiligen Entwicklungsgrades der kapitalistischen Produktionsweise) die Bedeutung der Staatsmacht für die Herstellung der „allgemeinen Bedingungen der Produktion“ (ebd., S. 422 ff.). Zur notwendigen Herausbildung des „Staatseigentums“, vgl. F. Engels: Anti-Dühring, a.a.O., S. 257–261, und ders.: Die Entwicklung des Sozialismus ..., a.a.O., S. 219–223; die Notwendigkeit der „Staatseinmischung“ aufgrund des kapitalistischen Vergesellschaftungsgrades begründet K. Marx, in: Das Kapital. Dritter Band, a.a.O., S. 452–455.

145 K. Marx/F. Engels: Manifest ..., a.a.O., S. 475.

146 K. Marx: Das Kapital. Erster Band, a.a.O., S. 28.

147 Ders.: Deutsche Ideologie, a.a.O., S. 62.

148 Mit dem „Absterben des Staates“, einem langen Prozeß im Aufbau der kommunistischen Gesellschaft, stirbt zugleich der bürgerliche Nationalstaat und die bürgerliche Nation ab. Das schließt nicht aus, daß die sozialistische Strategie in bestimmten Phasen der nationalen wie der internationalen Klassenauseinandersetzung die Verteidigung des nationalen Interesses (z. B. gegenüber imperialistischer Hegemonie) oder der sozialistischen Nation (gegen die imperialistisch-militärische Aggression) in den Mittelpunkt stellt, vgl. dazu u. a. A. Kosing: Nation in Geschichte und Gegenwart, Berlin 1976.

149 K. Marx: Konspekt zu Bakunins „Staatlichkeit und Anarchie“, a.a.O., S. 635.

150 Vgl. ders.: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. Berlin 1953, S. 21 ff.

151 Vgl. z. B. Ders.: Kritik des Hegelschen Staatsrechts, MEW, 1, S. 231 ff.

152 Vgl. ders.: Grundrisse, a.a.O., S. 21.

153 E. Bernstein: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Stuttgart 1899, S. 177.

154 O. Bauer: Demokratie und Sozialismus, in: H. J. Sandkühler/R. de la Vega (Hrsg.): Austromarxismus. Frankfurt/M.-Wien 1970, S. 98–119, hier S. 101.

155 F. Engels: Die preußische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei, a.a.O., S. 76.

156 K. Marx: Der 18. Brumaire ..., a.a.O., S. 197, vgl. auch S. 154.

157 Dazu gehört auch – was hier nicht im Detail behandelt werden kann – der Wandel der Parteistruktur selbst: die Massenorganisationen der Arbeiterbewegung zwingen die bürgerlichen Parteien dazu, eine Massenbasis zu erlangen, da die klassische bürgerliche Honoratiorenpartei kein angemessenes Gegengewicht (politisch und ideologisch) mehr bildet. In Deutschland setzt dieser Prozeß schon nach der Jahrhundertwende mit der Entwicklung außerparlamentarischer Organisationsformen (Flottenverein, Kolonialverein, Alldeutscher Verband, Bauernorganisationen etc.) ein, die der imperialistischen Politik eine Massenbasis verschaffen sollen.

- 158 Vgl. dazu J. Hirsch: Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und politisches System, Frankfurt/M. 1970, bes. S. 241/242.
- 159 Vgl. IMSF: Klassen- und Sozialstruktur der BRD. 1950–1970. Teil II: Sozialstatistische Analyse, Frankfurt/M. 1973, S. 466.
- 160 Vgl. dazu ausführlich den Beitrag von W. Riepert in diesem Band.
- 161 J. Habermas: Technik und Wissenschaft als ‚Ideologie‘, in: ders.: Technik und Wissenschaft als ‚Ideologie‘, Frankfurt/M. 1968, S. 76 f.
- 162 So H. Schelsky: Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation, Köln und Opladen 1961, S. 20–32.
- 163 In den gegenwärtigen Auseinandersetzungen in der BRD artikuliert sich dieser Widerstand vor allem in Parolen wie „Freiheit oder Sozialismus“ bzw. in der Beschwörung des „Gewerkschaftsstaates“.
- 164 Vgl. dazu als aktuellen – auf die BRD bezogenen – Beitrag: J. Huffschmid: Alternativen und Perspektiven im Kampf gegen die Krise, in: Huffschmid/Schui (Hrsg.): Gesellschaft im Konkurs? Handbuch zur Wirtschaftskrise 1973–1976 in der BRD, Köln 1976, S. 473 ff.; für Italien vgl. E. Berlinguer: Die Strategie und Taktik der IKP im Kampf gegen die Krise, in: IB, 22/1976, S. 47 ff.
- 165 J. Hirsch: Wissenschaftlich-technischer Fortschritt . . . , a.a.O., S. 247
- 166 P. Boccara u.a. (Autorenkollektiv): Der staatsmonopolistische Kapitalismus, a.a.O., S. 23.
- 167 Vgl. ebd., S. 78, vgl. dazu im Detail Ph. Herzog: Grundsätze und innerer Zusammenhang der Wirtschaftspolitik für die demokratische Regierung der Volkseinheit, in: Marxismus-Digest, 2/1972, S. 30–56.
- 168 So z.B. G. C. Pajetta (IKP): Intervention à la rencontre de Boudapest, in: Les Communistes Italiens. Bulletin Etranger publié par le P.C.I., No. 1/1975, S. 31–41: „Les peuples des pays capitalistes peuvent aujourd’hui avec succès se proposer d’empêcher que la crise économique qui frappe leurs pays, conduise, comme à l’époque, à des solutions de type fascistes, à des aventures expansionnistes et à la guerre.“ (S. 32, vgl. auch S. 38/39).
- 169 R. Opitz: Über die Entstehung und Verhinderung von Faschismus, in: Das Argument, Nr. 87, November 1974, S. 543–603, hier S. 599.
- 170 Ebd., S. 598.
- 171 Dieser Zusammenhang macht verständlich, warum heute die Frage des Verhältnisses zur NATO zu einer wichtigen Frage auch der Positionsbestimmung der kommunistischen Parteien z.B. in Italien oder in Frankreich geworden ist.
- 172 F. Hincker: Für eine kritische Assimilation der Theorie, in: Sopo, 36, August 1976, S. 114–124, hier S. 120.
- 173 Ebd.
- 174 Vor allem der italienische Kommunist A. Gramsci hat diesen Aspekt bei der Analyse des Staates hervorgehoben, vgl. dazu K. Priester, zur Staatstheorie bei Antonio Gramsci, in: Das Argument 104 (1977), und L. Althusser: Ideologie und ideologische Staatsapparate, in: Marxismus-Digest, Nr. 17, 1/1974, S. 30–44.
- 175 F. Hincker, a.a.O., S. 122.
- 176 Ph. Herzog: Die Funktion des Staates in der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaft, in: Marxismus-Digest, Nr. 17, 1/1974, S. 3–29, hier S. 28/29; dieser Gedanke wird auch aufgegriffen bei W. Gerns/R. Steigerwald: Für eine sozialistische Bundesrepublik, a.a.O., S. 25/26. Es fällt auf, daß diese innere Widersprüchlichkeit des modernen bürgerlichen Staates z. B. im Programm-Manifest der PCE überhaupt nicht thematisiert wird; dort dominiert vielmehr (S. 141–143) die Auffassung vom Staat als dem unmittelbaren Macht- und Herrschaftsapparat der Monopolbourgeoisie. Daraus ergibt sich, daß bei den strategischen Schlußfolgerungen (S. 170) nicht die Frage der „demokratischen Transformation“ des bürgerlichen Staates, sondern die nach der politischen Gewinnung der Staatsbediensteten im demokratisch-antimonopolistischen Kampf im Mittelpunkt steht.
- 177 Vgl. Ph. Herzog: Die Funktion . . . , a.a.O., S. 29.
- 178 Vgl. u.a. F. Hincker, a.a.O., S. 119.

- 179 A. Gramsci, zit. n. A. Kramer: Gramsci's Interpretation des Marxismus, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marx'schen Theorie. 4. Frankfurt/M. 1974, S. 65–118, hier S. 102.
- 180 Vgl. dazu K. Priester a.a.O.
- 181 Programm-Manifest der PCE, a.a.O., S. 160.
- 182 Vgl. L. Sève über Klassenbewußtsein bei Lenin und Diktatur des Proletariats, in: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus, 3/1976, S. 166–170, hier S. 168.
- 183 F. Hincker, a.a.O., S. 123.
- 184 L. Sève (a.a.O., S. 166) nennt ausdrücklich Wesensmerkmale der sozialistischen Revolution, die gegenüber dem Formwandel und Formenreichtum unveränderlich sind. Freilich sind diese nicht identisch mit den Bestimmungen der „allgemeinen Prinzipien“ und „Gesetzmäßigkeiten“ der sozialistischen Revolution bei W. W. Sagladin (Gesamtredaktion): Die kommunistische Weltbewegung, a.a.O., S. 109 ff.